

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

3 — 42000 — 2933/64 II

Bonn, den 20. Oktober 1964

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen
Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den
Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller
von Tonträgern und der Sendeunternehmen

mit Begründung, den Wortlaut des Abkommens in englischer, französischer, spanischer und in deutscher Sprache sowie eine Denkschrift. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 273. Sitzung am 16. Oktober 1964 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Entwurf
eines Gesetzes zu dem Internationalen Abkommen vom 26. Oktober 1961
über den Schutz der ausübenden Künstler,
der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 26. Oktober 1961 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Internationalen Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen wird mit den sich aus Artikel 2 ergebenden Vorbehalten zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland macht bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde von den folgenden in Artikel 5 Abs. 3 und Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a (iv) des Abkommens vorgesehenen Vorbehalten Gebrauch:

1. Sie wendet für den Schutz der Hersteller von Tonträgern das in Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens bezeichnete Merkmal der Festlegung nicht an.
2. Sie beschränkt für die Tonträger, deren Hersteller Angehöriger eines anderen vertragschließenden Staates ist, den Umfang und die Dauer des nach Artikel 12 des Abkommens zu gewährenden Schutzes auf den Umfang und die Dauer des Schutzes, den dieser Staat für die Tonträger gewährt, die erstmals von einem deutschen Staatsangehörigen festgelegt worden sind.

Artikel 3

Der in Artikel 13 Buchstabe d des Abkommens vorgesehene Schutz gegen die öffentliche Wiedergabe von Fernsehsendungen wird für Fernsehsendungen eines Sendeunternehmens mit Sitz im Gebiet eines Staates, der von dem Vorbehalt des Artikels 16 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens Gebrauch gemacht hat, nicht gewährt.

Artikel 4

Die Bestimmungen des Abkommens sind auf Darbietungen oder Funksendungen, die stattgefunden haben, bevor das Abkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist, und Tonträger, die vor diesem Zeitpunkt festgelegt sind, nicht anzuwenden.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 6

- (1) Dieses Gesetz tritt am _____ in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Abkommen läßt für die Vertragsstaaten die Möglichkeit offen, gewisse Vorbehalte zu machen und den nach dem Abkommen zu gewährenden Schutz für ihr Gebiet teilweise einzuschränken. Von dieser Möglichkeit soll für den Geltungsbereich dieses Gesetzes in einigen Fällen Gebrauch gemacht werden. Wegen der Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Denkschrift zu Artikel 5 Abs. 3 und zu Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens verwiesen.

Zu Artikel 3

Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens berechtigt die Vertragsstaaten zu erklären, daß sie den in Artikel 13 Buchstabe d vorgesehenen Schutz der Sendeunternehmen gegen die öffentliche Wiedergabe ihrer Fernsehsendungen nicht gewähren werden. Gibt ein vertragschließender Staat eine solche Erklärung ab, so sind die anderen vertragschließenden Staaten nicht verpflichtet, den Sendeunternehmen, die ihren Sitz im Gebiet dieses Staates haben, diesen Schutz ihrerseits zu gewähren. Im Zuge der deutschen Urheberrechtsreform soll eine dem Artikel 13 Buchstabe d entsprechende Bestimmung über den Schutz der Sendeunternehmen gegen die öffentliche Wiedergabe ihrer Fernsehsendungen in das neue Urheberrechtsgesetz aufgenommen werden (vgl. § 97 Abs. 1 Nr. 3 des dem Deutschen Bundestag bereits vorgelegten Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes). Die Bundesrepublik Deutschland hat daher keine Veranlassung, von dem Vorbehalt in Arti-

kel 16 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens Gebrauch zu machen. Durch Artikel 3 soll jedoch klargestellt werden, daß den Sendeunternehmen mit Sitz in Vertragsstaaten, die von dem Vorbehalt Gebrauch gemacht haben, ein solcher Schutz nicht gewährt wird.

Zu Artikel 4

Nach Artikel 20 Abs. 2 des Abkommens ist kein vertragschließender Staat verpflichtet, die Bestimmungen des Abkommens auf Darbietungen oder Funksendungen anzuwenden, die stattgefunden haben, bevor das Abkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist, oder auf Tonträger, die vor diesem Zeitpunkt festgelegt worden sind. Artikel 4 stellt klar, daß diese Einschränkungen des Schutzes für den Geltungsbereich dieses Gesetzes anzuwenden sind.

Zu Artikel 5

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Als Tag des Inkrafttretens soll der Zeitpunkt bestimmt werden, in dem das neue Urheberrechtsgesetz in Kraft treten wird.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

International Convention
for the Protection of Performers,
Producers of Phonograms and Broadcasting Organisations

Convention internationale
sur la protection des artistes interprètes ou exécutants,
des producteurs de phonogrammes et des organismes de radiodiffusion

THE CONTRACTING STATES,

MOVED BY THE DESIRE to protect the rights of performers, producers of phonograms, and broadcasting organisations,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Protection granted under this Convention shall leave intact and shall in no way affect the protection of copyright in literary and artistic works. Consequently, no provision of this Convention may be interpreted as prejudicing such protection.

Article 2

1. For the purpose of this Convention, national treatment shall mean the treatment accorded by the domestic law of the Contracting State in which protection is claimed:

- (a) to performers who are its nationals, as regards performances taking place, broadcast, or first fixed, on its territory;
- (b) to producers of phonograms who are its nationals, as regards phonograms first fixed or first published on its territory;
- (c) to broadcasting organisations which have their headquarters on its territory, as regards broadcasts transmitted from transmitters situated on its territory.

2. National treatment shall be subject to the protection specifically guaranteed, and the limitations specifically provided for, in this Convention.

Article 3

For the purposes of this Convention:

- (a) "Performers" means actors, singers, musicians, dancers, and other persons who act, sing, deliver, declaim, play in, or otherwise perform literary or artistic works;
- (b) "phonogram" means any exclusively aural fixation of sounds of a performance or of other sounds;
- (c) "producer of phonograms" means the person who, or the legal entity which, first fixes the sounds of a performance or other sounds;

LES ÉTATS CONTRACTANTS,

ANIMÉS DU DÉSIR de protéger les droits des artistes interprètes ou exécutants, des producteurs de phonogrammes et des organismes de radiodiffusion,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article premier

La protection prévue par la présente Convention laisse intacte et n'affecte en aucune façon la protection du droit d'auteur sur les œuvres littéraires et artistiques. En conséquence, aucune disposition de la présente Convention ne pourra être interprétée comme portant atteinte à cette protection.

Article 2

1. Aux fins de la présente Convention, on entend, par traitement national, le traitement que l'État contractant sur le territoire duquel la protection est demandée accorde, en vertu de la législation nationale:

- a) aux artistes interprètes ou exécutants, qui sont ses ressortissants, pour les exécutions qui ont lieu, sont fixées pour la première fois, ou sont radiodiffusées, sur son territoire;
- b) aux producteurs de phonogrammes qui sont ses ressortissants, pour les phonogrammes qui sont, pour la première fois, publiés ou fixés sur son territoire;
- c) aux organismes de radiodiffusion ayant leur siège social sur son territoire, pour les émissions radiodiffusées par des émetteurs situés sur ce territoire.

2. Le traitement national sera accordé, compte tenu de la protection expressément garantie et des limitations expressément prévues dans la présente Convention.

Article 3

Aux fins de la présente Convention, on entend par:

- a) « artistes interprètes ou exécutants », les acteurs, chanteurs, musiciens, danseurs et autres personnes qui représentent, chantent, récitent, déclament, jouent ou exécutent de toute autre manière des œuvres littéraires ou artistiques;
- b) « phonogramme », toute fixation exclusivement sonore des sons provenant d'une exécution ou d'autres sons;
- c) « producteur de phonogrammes », la personne physique ou morale qui, la première, fixe les sons provenant d'une exécution ou d'autres sons;

Internationales Abkommen
über den Schutz der ausübenden Künstler,
der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen

Convención internacional
sobre la protección de los artistas intérpretes o ejecutantes,
los productores de fonogramas y los organismos de radiodifusión

(Offizieller Text in deutscher Sprache)

LOS ESTADOS CONTRATANTES,

ANIMADOS DEL DESEO de asegurar la protección de los derechos de los artistas intérpretes o ejecutantes, de los productores de fonogramas y de los organismos de radiodifusión,

HAN CONVENIDO:

DIE VERTRAGSCHLIESSENDE STAATEN,

VON DEM WUNSCH GELEITET, die Rechte der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen zu schützen.

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artículo 1

La protección prevista en la presente Convención dejará intacta y no afectará en modo alguno a la protección del derecho de autor sobre las obras literarias y artísticas. Por lo tanto, ninguna de las disposiciones de la presente Convención podrá interpretarse en menoscabo de esa protección.

Artículo 2

1. A los efectos de la presente Convención se entenderá por "mismo trato que a los nacionales" el que conceda el Estado Contratante en que se pida la protección, en virtud de su derecho interno:

- a) a los artistas intérpretes o ejecutantes que sean nacionales de dicho Estado, con respecto a las interpretaciones o ejecuciones realizadas, fijadas por primera vez o radiodifundidas en su territorio;
- b) a los productores de fonogramas que sean nacionales de dicho Estado, con respecto a los fonogramas publicados o fijados por primera vez en su territorio;
- c) a los organismos de radiodifusión que tengan su domicilio legal en el territorio de dicho Estado, con respecto a las emisiones difundidas desde emisoras situadas en su territorio.

2. El "mismo trato que a los nacionales" estará sujeto a la protección expresamente concedida y a las limitaciones concretamente previstas en la presente Convención.

Artículo 3

A los efectos de la presente Convención, se entenderá por:

- a) "artista intérprete o ejecutante", todo actor, cantante, músico, bailarín u otra persona que represente un papel, cante, recite, declame, interprete o ejecute en cualquier forma una obra literaria o artística;
- b) "fonograma", toda fijación exclusivamente sonora de los sonidos de una ejecución o de otros sonidos;
- c) "productor de fonogramas", la persona natural o jurídica que fija por primera vez los sonidos de una ejecución u otros sonidos;

Artikel 1

Der durch dieses Abkommen vorgesehene Schutz läßt den Schutz der Urheberrechte an Werken der Literatur und der Kunst unberührt und beeinträchtigt ihn in keiner Weise. Daher kann keine Bestimmung dieses Abkommens in einer Weise ausgelegt werden, die diesem Schutz Abbruch tut.

Artikel 2

1. Für die Zwecke dieses Abkommens ist unter Inländerbehandlung die Behandlung zu verstehen, die der vertragschließende Staat, in dessen Gebiet der Schutz beansprucht wird, auf Grund seiner nationalen Gesetzgebung gewährt:

- a) den ausübenden Künstlern, die seine Staatsangehörigen sind, für die Darbietungen, die in seinem Gebiet stattfinden, gesendet oder erstmals festgelegt werden;
- b) den Herstellern von Tonträgern, die seine Staatsangehörigen sind, für die Tonträger, die in seinem Gebiet erstmals festgelegt oder erstmals veröffentlicht werden;
- c) den Sendeunternehmen, die ihren Sitz in seinem Gebiet haben, für die Funksendungen, die von Sendern ausgestrahlt werden, die in seinem Gebiet gelegen sind.

2. Die Inländerbehandlung wird nach Maßgabe des in diesem Abkommen ausdrücklich gewährleisteten Schutzes und der darin ausdrücklich vorgesehenen Einschränkungen gewährt.

Artikel 3

Für die Zwecke dieses Abkommens versteht man unter

- a) „ausübenden Künstlern“ die Schauspieler, Sänger, Musiker, Tänzer und anderen Personen, die Werke der Literatur oder der Kunst aufführen, singen, vortragen, vorlesen, spielen oder auf irgendeine andere Weise darbieten;
- b) „Tonträger“ jede ausschließlich auf den Ton beschränkte Festlegung der Töne einer Darbietung oder anderer Töne;
- c) „Hersteller von Tonträgern“ die natürliche oder juristische Person, die erstmals die Töne einer Darbietung oder andere Töne festlegt;

- (d) "publication" means the offering of copies of a phonogram to the public in reasonable quantity;
- (e) "reproduction" means the making of a copy or copies of a fixation;
- (f) "broadcasting" means the transmission by wireless means for public reception of sounds or of images and sounds;
- (g) "rebroadcasting" means the simultaneous broadcasting by one broadcasting organisation of the broadcast of another broadcasting organisation.

Article 4

Each Contracting State shall grant national treatment to performers if any of the following conditions is met:

- (a) the performance takes place in another Contracting State;
- (b) the performance is incorporated in a phonogram which is protected under Article 5 of this Convention;
- (c) the performance, not being fixed on a phonogram, is carried by a broadcast which is protected by Article 6 of this Convention.

Article 5

1. Each Contracting State shall grant national treatment to producers of phonograms if any of the following conditions is met:

- (a) the producer of the phonogram is a national of another Contracting State (criterion of nationality);
- (b) the first fixation of the sound was made in another Contracting State (criterion of fixation);
- (c) the phonogram was first in another Contracting State (criterion of publication).

2. If a phonogram was first published in a non-contracting State but if it was also published, within thirty days of its first publication, in a Contracting State (simultaneous publication), it shall be considered as first published in the Contracting State.

3. By means of a notification deposited with the Secretary-General of the United Nations, any Contracting State may declare that it will not apply the criterion of publication or, alternatively, the criterion of fixation. Such notification may be deposited at the time of ratification, acceptance or accession, or at any time thereafter; in the last case, it shall become effective six months after it has been deposited.

Article 6

1. Each Contracting State shall grant national treatment to broadcasting organisations if either of the following conditions is met:

- (a) the headquarters of the broadcasting organisation is situated in another Contracting State;
- (b) the broadcast was transmitted from a transmitter situated in another Contracting State.

- d) «publication», la mise à la disposition du public d'exemplaires d'un phonogramme en quantité suffisante;
- e) «reproduction», la réalisation d'une exemplaire ou de plusieurs exemplaires d'une fixation;
- f) «émission de radiodiffusion», la diffusion de sons ou d'images et de sons par le moyen des ondes radioélectriques, aux fins de réception par le public;
- g) «réémission», l'émission simultanée par un organisme de radiodiffusion d'une émission d'un autre organisme de radiodiffusion.

Article 4

Chaque État contractant accordera le traitement national aux artistes interprètes ou exécutants toutes les fois que l'une des conditions suivantes se trouvera remplie:

- a) l'exécution a lieu dans un autre État contractant;
- b) l'exécution est enregistrée sur un phonogramme protégé en vertu de l'article 5 ci-dessous;
- c) l'exécution non fixée sur phonogramme est diffusée par une émission protégée en vertu de l'article 6.

Article 5

1. Chaque État contractant accordera le traitement national aux producteurs de phonogrammes toutes les fois que l'une des conditions suivantes se trouvera remplie:

- a) le producteur de phonogrammes est le ressortissant d'un autre État contractant (critère de la nationalité);
- b) la première fixation du son a été réalisée dans un autre État contractant (critère de la fixation);
- c) le phonogramme a été publié pour la première fois dans un autre État contractant (critère de la publication).

2. Lorsque la première publication a eu lieu dans un État non contractant mais que le phonogramme a également été publié, dans les trente jours suivant la première publication, dans un État contractant (publication simultanée), ce phonogramme sera considéré comme ayant été publié pour la première fois dans l'État contractant.

3. Tout État contractant peut, par une notification déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, déclarer qu'il n'appliquera pas, soit le critère de la publication, soit le critère de la fixation. Cette notification peut être déposée au moment de la ratification, de l'acceptation ou de l'adhésion, ou à tout autre moment; dans ce dernier cas, elle ne prendra effet que six mois après son dépôt.

Article 6

1. Chaque État contractant accordera le traitement national aux organismes de radiodiffusion toutes les fois que l'une des conditions suivantes se trouvera remplie:

- a) le siège social de l'organisme de radiodiffusion est situé dans un autre État contractant;
- b) l'émission a été diffusée par un émetteur situé sur le territoire d'un autre État contractant.

- d) "publicación", el hecho de poner a disposición del público, en cantidad suficiente, ejemplares de un fonograma;
- e) "reproducción", la realización de uno o más ejemplares de una fijación;
- f) "emisión", la difusión inalámbrica de sonidos o de imágenes y sonidos para su recepción por el público;
- g) "retransmisión", la emisión simultánea por un organismo de radiodifusión de una emisión de otro organismo de radiodifusión.

Artículo 4

Cada uno de los Estados Contratantes otorgará a los artistas intérpretes o ejecutantes el mismo trato que a sus nacionales siempre que se produzca una de las siguientes condiciones:

- a) que la ejecución se realice en otro Estado Contratante;
- b) que se haya fijado la ejecución o interpretación sobre un fonograma protegido en virtud del artículo 5;
- c) que la ejecución o interpretación no fijada en un fonograma sea radiodifundida en una emisión protegida en virtud del artículo 6.

Artículo 5

1. Cada uno de los Estados Contratantes concederá el mismo trato que a los nacionales a los productores de fonogramas siempre que se produzca cualquiera de las condiciones siguientes:

- a) que el productor del fonograma sea nacional de otro Estado Contratante (criterio de la nacionalidad);
- b) que la primera fijación sonora se hubiere efectuado en otro Estado Contratante (criterio de la fijación);
- c) que el fonograma se hubiere publicado por primera vez en otro Estado Contratante (criterio de la publicación).

2. Cuando un fonograma hubiere sido publicado por primera vez en un Estado no contratante pero lo hubiere sido también, dentro de los 30 días subsiguientes, en un Estado Contratante (publicación simultánea), se considerará como publicado por primera vez en el Estado Contratante.

3. Cualquier Estado Contratante podrá declarar, mediante notificación depositada en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, que no aplicará el criterio de la publicación o el criterio de la fijación. La notificación podrá depositarse en el momento de la ratificación, de la aceptación o de la adhesión, o en cualquier otro momento; en este último caso sólo surtirá efecto a los seis meses de la fecha de depósito.

Artículo 6

1. Cada uno de los Estados Contratantes concederá igual trato que a los nacionales a los organismos de radiodifusión siempre que se produzca alguna de las condiciones siguientes:

- a) que el domicilio legal del organismo de radiodifusión esté situado en otro Estado Contratante;
- b) que la emisión haya sido transmitida desde una emisora situada en el territorio de otro Estado Contratante.

- d) „Veröffentlichung“ das Angebot einer genügenden Anzahl von Vervielfältigungsstücken eines Tonträgers an die Öffentlichkeit;
- e) „Vervielfältigung“ die Herstellung eines Vervielfältigungsstücks oder mehrerer Vervielfältigungsstücke einer Festlegung;
- f) „Funksendung“ die Ausstrahlung von Tönen oder von Bildern und Tönen mittels radioelektrischer Wellen zum Zwecke des Empfangs durch die Öffentlichkeit;
- g) „Weitersendung“ die gleichzeitige Ausstrahlung der Sendung eines Sendeunternehmens durch ein anderes Sendeunternehmen.

Artikel 4

Jeder vertragschließende Staat gewährt den ausübenden Künstlern Inländerbehandlung, wenn eine der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

- a) Die Darbietung findet in einem anderen vertragschließenden Staat statt;
- b) die Darbietung wird auf einem nach Artikel 5 geschützten Tonträger festgelegt;
- c) die nicht auf einem Tonträger festgelegte Darbietung wird durch eine nach Artikel 6 geschützte Sendung ausgestrahlt.

Artikel 5

1. Jeder vertragschließende Staat gewährt den Herstellern von Tonträgern Inländerbehandlung, wenn eine der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

- a) Der Hersteller von Tonträgern ist Angehöriger eines anderen vertragschließenden Staates (Merkmal der Staatsangehörigkeit);
- b) die erste Festlegung des Tons ist in einem anderen vertragschließenden Staat vorgenommen worden (Merkmal der Festlegung);
- c) der Tonträger ist erstmals in einem anderen vertragschließenden Staat veröffentlicht worden (Merkmal der Veröffentlichung).

2. Wenn die erste Veröffentlichung in keinem vertragschließenden Staat stattgefunden hat, der Tonträger jedoch innerhalb von dreißig Tagen seit der ersten Veröffentlichung auch in einem vertragschließenden Staat veröffentlicht worden ist (gleichzeitige Veröffentlichung), gilt dieser Tonträger als erstmals in dem vertragschließenden Staat veröffentlicht.

3. Jeder vertragschließende Staat kann durch eine beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegte Mitteilung erklären, daß er entweder das Merkmal der Veröffentlichung oder das Merkmal der Festlegung nicht anwenden wird. Diese Mitteilung kann bei der Ratifikation, der Annahme oder dem Beitritt oder in jedem späteren Zeitpunkt hinterlegt werden; im letzten Fall wird sie erst sechs Monate nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 6

1. Jeder vertragschließende Staat gewährt den Sendeunternehmen Inländerbehandlung, wenn eine der folgenden Voraussetzungen vorliegt:

- a) Der Sitz des Sendeunternehmens liegt in einem anderen vertragschließenden Staat;
- b) die Sendung ist von einem im Gebiet eines anderen vertragschließenden Staates gelegenen Sender ausgestrahlt worden.

2. By means of a notification deposited with the Secretary-General of the United Nations, any Contracting State may declare that it will protect broadcasts only if the headquarters of the broadcasting organisation is situated in another Contracting State and the broadcast was transmitted from a transmitter situated in the same Contracting State. Such notification may be deposited at the time of ratification, acceptance or accession, or at any time hereafter; in the last case, it shall become effective six months after it has been deposited.

Article 7

1. The protection provided for performers by this Convention shall include the possibility of preventing:

- (a) the broadcasting and the communication to the public, without their consent, of their performance, except where the performance used in the broadcasting or the public communication is itself already a broadcast performance or is made from a fixation;
- (b) the fixation, without their consent, of their unfixed performance;
- (c) the reproduction, without their consent, of a fixation of their performance:
 - (i) if the original fixation itself was made without their consent;
 - (ii) if the reproduction is made for purposes different from those for which the performers gave their consent;
 - (iii) if the original fixation was made in accordance with the provisions of Article 15, and the reproduction is made for purposes different from those referred to in those provisions.

2. (1) If broadcasting was consented to by the performers, it shall be a matter for the domestic law of the Contracting State where protection is claimed to regulate the protection against re-broadcasting, fixation for broadcasting purposes, and the reproduction of such fixation for broadcasting purposes.

(2) The terms and conditions governing the use by broadcasting organisations of fixations made for broadcasting purposes shall be determined in accordance with the domestic law of the Contracting State where protection is claimed.

(3) However, the domestic law referred to in subparagraphs (1) and (2) of this paragraph shall not operate to deprive performers of the ability to control, by contract, their relations with broadcasting organisations.

Article 8

Any Contracting State may, by its domestic laws and regulations, specify the manner in which performers will be represented in connexion with the exercise of their rights if several of them participate in the same performance.

2. Tout État contractant peut, par une notification déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, déclarer qu'il n'accordera de protection à des émissions que si le siège social de l'organisme de radiodiffusion est situé dans un autre État contractant et si l'émission a été diffusée par un émetteur situé sur le territoire de même État contractant. Cette notification peut être faite au moment de la ratification, de l'acceptation ou de l'adhésion, ou à tout autre moment; dans ce dernier cas, elle ne prendra effet que six mois après son dépôt.

Article 7

1. La protection prévue par la présente Convention en faveur des artistes interprètes ou exécutants devra permettre de mettre obstacle:

- a) à la radiodiffusion et à la communication au public de leur exécution sans leur consentement, sauf lorsque l'exécution utilisée pour la radiodiffusion ou la communication au public est elle-même déjà une exécution radiodiffusée ou est faite à partir d'une fixation;
- b) à la fixation sans leur consentement sur un support matériel de leur exécution non fixée;
- c) à la reproduction sans leur consentement d'une fixation de leur exécution:
 - (i) lorsque la première fixation a elle-même été faite sans leur consentement;
 - (ii) lorsque la reproduction est faite à des fins autres que celles pour lesquelles ils ont donné leur consentement;
 - (iii) lorsque la première fixation a été faite en vertu des dispositions de l'article 15 et a été reproduite à des fins autres que celles visées par ces dispositions.

2. (1) Il appartient à la législation nationale de l'État contractant sur le territoire duquel la protection est demandée de pourvoir à la protection contre la réémission, la fixation aux fins de radiodiffusion et la reproduction d'une telle fixation aux fins de radiodiffusion, lorsque l'artiste interprète ou exécutant a consenti à la radiodiffusion.

(2) Les modalités d'utilisation par les organismes de radiodiffusion des fixations faites aux fins d'émissions radiodiffusées seront réglées selon la législation nationale de l'État contractant sur le territoire duquel la protection est demandée.

(3) Toutefois, la législation nationale, dans les cas visés aux alinéas (1) et (2) du présent paragraphe, ne saurait avoir pour effet de priver les artistes interprètes ou exécutants de la capacité de régler, par voie contractuelle, leurs relations avec les organismes de radiodiffusion.

Article 8

Tout État contractant peut, par sa législation nationale, déterminer les modalités suivant lesquelles les artistes interprètes ou exécutants seront représentés, en ce qui concerne l'exercice de leurs droits, lorsque plusieurs d'entre eux participent à une même exécution.

2. Todo Estado Contratante podrá, mediante notificación depositada en poder del Secretario General de las Naciones Unidas, declarar que sólo protegerá las emisiones en el caso de que el domicilio legal del organismo de radiodifusión esté situado en el territorio de otro Estado Contratante y de que la emisión haya sido transmitida desde una emisora situada en el territorio del mismo Estado Contratante. La notificación podrá hacerse en el momento de la ratificación, de la aceptación o de la adhesión, o en cualquier otro momento; en este último caso sólo surtirá efecto a los seis meses de la fecha de depósito.

Artículo 7

1. La protección prevista por la presente Convención en favor de los artistas intérpretes o ejecutantes comprenderá la facultad de impedir:

- a) la radiodifusión y la comunicación al público de sus interpretaciones o ejecuciones para las que no hubieren dado su consentimiento, excepto cuando la interpretación o ejecución utilizada en la radiodifusión o comunicación al público constituya por sí misma una ejecución radiodifundida o se haga a partir de una fijación;
- b) la fijación sobre una base material, sin su consentimiento, de su ejecución no fijada;
- c) la reproducción, sin su consentimiento, de la fijación de su ejecución:
 - (i) si la fijación original se hizo sin su consentimiento;
 - (ii) si se trata de una reproducción para fines distintos de los que habían autorizado;
 - (iii) si se trata de una fijación original hecha con arreglo a lo dispuesto en el artículo 15 que se hubiera reproducido para fines distintos de los previstos en ese artículo.

2. 1) Corresponderá a la legislación nacional del Estado Contratante donde se solicite la protección, regular la protección contra la retransmisión, la fijación para la difusión y la reproducción de esa fijación para la difusión, cuando el artista intérprete o ejecutante haya autorizado la difusión.

2) Las modalidades de la utilización por los organismos radiodifusores de las fijaciones hechas para las emisiones radiodifundidas, se determinarán con arreglo a la legislación nacional del Estado Contratante en que se solicite la protección.

3) Sin embargo, las legislaciones nacionales a que se hace referencia en los apartados 1) y 2) de este párrafo no podrán privar a los artistas intérpretes o ejecutantes de su facultad de regular, mediante contrato, sus relaciones con los organismos de radiodifusión.

Artículo 8

Cada uno de los Estados Contratantes podrá determinar, mediante su legislación, las modalidades según las cuales los artistas intérpretes o ejecutantes estarán representados para el ejercicio de sus derechos, cuando varios de ellos participen en una misma ejecución.

2. Jeder vertragschließende Staat kann durch eine beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegte Mitteilung erklären, daß er Sendungen nur Schutz gewähren wird, wenn der Sitz des Sendeunternehmens in einem anderen vertragschließenden Staat liegt und die Sendung von einem im Gebiet desselben vertragschließenden Staates gelegenen Sender ausgestrahlt worden ist. Diese Mitteilung kann bei der Ratifikation, der Annahme oder dem Beitritt oder in jedem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden; im letzten Fall wird sie erst sechs Monate nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 7

1. Der in diesem Abkommen zugunsten der ausübenden Künstler vorgesehene Schutz muß die Möglichkeit geben zu untersagen:

- a) die Sendung und die öffentliche Wiedergabe ihrer Darbietung ohne ihre Zustimmung, es sei denn, daß für die Sendung oder für die öffentliche Wiedergabe eine bereits gesendete Darbietung oder die Festlegung einer Darbietung verwendet wird;
- b) die Festlegung ihrer nicht festgelegten Darbietung ohne ihre Zustimmung;
- c) die Vervielfältigung einer Festlegung ihrer Darbietung ohne ihre Zustimmung:
 - (i) wenn die erste Festlegung selbst ohne ihre Zustimmung vorgenommen worden ist;
 - (ii) wenn die Vervielfältigung zu anderen Zwecken als denjenigen vorgenommen wird, zu denen sie ihre Zustimmung gegeben haben;
 - (iii) wenn die erste Festlegung auf Grund der Bestimmungen des Artikels 15 vorgenommen worden ist und zu anderen Zwecken vervielfältigt wird, als denjenigen, die in diesen Bestimmungen genannt sind.

2. (1) Hat der ausübende Künstler der Sendung zugestimmt, so bestimmt sich der Schutz gegen die Weitersendung, gegen die Festlegung für Zwecke der Sendung und gegen die Vervielfältigung einer solchen Festlegung für Zwecke der Sendung nach der nationalen Gesetzgebung des vertragschließenden Staates, in dessen Gebiet der Schutz beansprucht wird.

(2) Die Voraussetzungen, unter denen Sendeunternehmen für Zwecke von Sendungen vorgenommene Festlegungen benutzen dürfen, werden von der nationalen Gesetzgebung des vertragschließenden Staates geregelt, in dessen Gebiet der Schutz beansprucht wird.

(3) Die nationale Gesetzgebung darf jedoch in den Fällen der Unterabsätze (1) und (2) dieses Absatzes nicht zur Folge haben, daß den ausübenden Künstlern die Befugnis entzogen wird, ihre Beziehungen zu den Sendeunternehmen vertraglich zu regeln.

Artikel 8

Jeder vertragschließende Staat kann durch seine nationale Gesetzgebung bestimmen, wie die ausübenden Künstler bei der Ausübung ihrer Rechte vertreten werden, wenn mehrere von ihnen an der gleichen Darbietung mitwirken.

Article 9

Any Contracting State may, by its domestic laws and regulations, extend the protection provided for in this Convention to artistes who do not perform literary or artistic works.

Article 10

Producers of phonograms shall enjoy the right to authorise or prohibit the direct or indirect reproduction of their phonograms.

Article 11

If, as a condition of protecting the rights of producers of phonograms, or of performers, or both, in relation to phonograms, a Contracting State, under its domestic law, requires compliance with formalities, these shall be considered as fulfilled if all the copies in commerce of the published phonogram or their containers bear a notice consisting of the symbol , accompanied by the year date of the first publication, placed in such a manner as to give reasonable notice of claim of protection; and if the copies or their containers do not identify the producer or the licensee of the producer (by carrying his name, trade mark or other appropriate designation), the notice shall also include the name of the owner of the rights of the producer; and, furthermore, if the copies or their containers do not identify the principal performers, the notice shall also include the name of the person who, in the country in which the fixation was effected, owns the rights of such performers.

Article 12

If a phonogram published for commercial purposes, or a reproduction of such phonogram, is used directly for broadcasting or for any communication to the public, a single equitable remuneration shall be paid by the user to the performers, or to the producers of the phonograms, or to both. Domestic law may, in the absence of agreement between these parties, lay down the conditions as to the sharing of this remuneration.

Article 13

Broadcasting organisations shall enjoy the right to authorise or prohibit:

- (a) the rebroadcasting of their broadcasts;
- (b) the fixation of their broadcasts;
- (c) the reproduction:
 - (i) of fixations, made without their consent, of their broadcasts;
 - (ii) of fixations, made in accordance with the provisions of Article 15, of their broadcasts, if the reproduction is made for purposes different from those referred to in those provisions;
- (d) the communication to the public of their television broadcasts if such communication is made in places accessible to the public against payment of an entrance fee; it shall be a matter for the domestic law of the State where protection of this right is claimed to determine the conditions under which it may be exercised.

Article 9

Tout État contractant peut, par sa législation nationale, étendre la protection prévue par la présente Convention à des artistes qui n'exécutent pas des œuvres littéraires ou artistiques.

Article 10

Les producteurs de phonogrammes jouissent du droit d'autoriser ou d'interdire la reproduction directe ou indirecte de leurs phonogrammes.

Article 11

Lorsqu'un État contractant exige, en vertu de sa législation nationale, l'accomplissement de formalités, à titre de condition de la protection, en matière de phonogrammes, des droits soit des producteurs de phonogrammes, soit des artistes interprètes ou exécutants, soit des uns et des autres, ces exigences seront considérées comme satisfaites si tous les exemplaires dans le commerce du phonogramme publié, ou l'étui le contenant, portent une mention constituée par le symbole  accompagné de l'indication de l'année de la première publication, apposée d'une manière montrant de façon nette que la protection est réservée. De plus, si les exemplaires ou leur étui ne permettent pas d'identifier le producteur du phonogramme ou le titulaire de la licence concédée par le producteur (au moyen du nom, de la marque ou de toute autre désignation appropriée), la mention devra comprendre également le nom du titulaire des droits du producteur du phonogramme. Enfin, si les exemplaires ou leur étui ne permettent pas d'identifier les principaux interprètes ou exécutants, la mention devra comprendre également le nom de la personne qui, dans le pays où la fixation a eu lieu, détient les droits de ces artistes.

Article 12

Lorsqu'un phonogramme publié à des fins de commerce, ou une reproduction de ce phonogramme, est utilisé directement pour la radiodiffusion ou pour une communication quelconque au public, une rémunération équitable et unique sera versée par l'utilisateur aux artistes interprètes ou exécutants, ou aux producteurs de phonogrammes ou aux deux. La législation nationale peut, faute d'accord entre ces divers intéressés, déterminer les conditions de la répartition de cette rémunération.

Article 13

Les organismes de radiodiffusion jouissent du droit d'autoriser ou d'interdire:

- a) la réémission de leurs émissions;
- b) la fixation sur un support matériel de leurs émissions;
- c) la reproduction:
 - (i) des fixations, faites sans leur consentement, de leurs émissions;
 - (ii) des fixations, faites en vertu des dispositions de l'article 15, de leurs émissions et reproduites à des fins autres que celles visées par lesdites dispositions;
- d) la communication au public de leurs émissions de télévision, lorsqu'elle est faite dans des lieux accessibles au public moyennant paiement d'un droit d'entrée; il appartient à la législation nationale du pays où la protection de ce droit est demandée de déterminer les conditions d'exercice dudit droit.

Artículo 9

Cada uno de los Estados Contratantes podrá, mediante su legislación nacional, extender la protección a artistas que no ejecuten obras literarias o artísticas.

Artículo 10

Los productores de fonogramas gozarán del derecho de autorizar o prohibir la reproducción directa o indirecta de sus fonogramas.

Artículo 11

Cuando un Estado Contratante exija, con arreglo a su legislación nacional, como condición para proteger los derechos de los productores de fonogramas, de los artistas intérpretes o ejecutantes, o de unos y otros, en relación con los fonogramas, el cumplimiento de formalidades, se considerarán éstas satisfechas si todos los ejemplares del fonograma publicado y distribuido en el comercio, o sus envolturas, llevan una indicación consistente en el símbolo $\textcircled{P}$ acompañado del año de la primera publicación, colocados de manera y en sitio tales que muestren claramente que existe el derecho de reclamar la protección. Cuando los ejemplares o sus envolturas no permitan identificar al productor del fonograma o a la persona autorizada por éste (es decir, su nombre, marca comercial u otra designación apropiada), deberá mencionarse también el nombre del titular de los derechos del productor del fonograma. Además, cuando los ejemplares o sus envolturas no permitan identificar a los principales intérpretes o ejecutantes, deberá indicarse el nombre del titular de los derechos de dichos artistas en el país en que se haga la fijación.

Artículo 12

Cuando un fonograma publicado con fines comerciales o una reproducción de ese fonograma se utilicen directamente para la radiodifusión o para cualquier otra forma de comunicación al público, el utilizador abonará una remuneración equitativa y única a los artistas intérpretes o ejecutantes, o a los productores de fonogramas, o a unos y otros. La legislación nacional podrá, a falta de acuerdo entre ellos, determinar las condiciones en que se efectuará la distribución de esa remuneración.

Artículo 13

Los organismos de radiodifusión gozarán del derecho de autorizar o prohibir:

- a) la retransmisión de sus emisiones;
- b) la fijación sobre una base material de sus emisiones;
- c) la reproducción:
 - (i) de las fijaciones de sus emisiones hechas sin su consentimiento;
 - (ii) de las fijaciones de sus emisiones, realizadas con arreglo a lo establecido en el artículo 15, si la reproducción se hace con fines distintos a los previstos en dicho artículo;
- d) la comunicación al público de sus emisiones de televisión cuando éstas se efectúen en lugares accesibles al público mediante el pago de un derecho de entrada. Corresponderá a la legislación nacional del país donde se solicite la protección de este derecho determinar las condiciones del ejercicio del mismo.

Artikel 9

Jeder vertragschließende Staat kann durch seine nationale Gesetzgebung den in diesem Abkommen vorgesehenen Schutz auf Künstler ausdehnen, die keine Werke der Literatur oder der Kunst darbieten.

Artikel 10

Die Hersteller von Tonträgern genießen das Recht, die unmittelbare oder mittelbare Vervielfältigung ihrer Tonträger zu erlauben oder zu verbieten.

Artikel 11

Wenn ein vertragschließender Staat in seiner nationalen Gesetzgebung als Voraussetzung für den Schutz der Rechte der Hersteller von Tonträgern oder der ausübenden Künstler oder beider mit Bezug auf Tonträger die Erfüllung von Förmlichkeiten fordert, sind diese Erfordernisse als erfüllt anzusehen, wenn alle im Handel befindlichen Vervielfältigungsstücke des veröffentlichten Tonträgers oder ihre Umhüllungen einen Vermerk tragen, der aus dem Kennzeichen $\textcircled{P}$ in Verbindung mit der Angabe des Jahres der ersten Veröffentlichung besteht und in einer Weise angebracht ist, die klar erkennen läßt, daß der Schutz vorbehalten wird. Wenn die Vervielfältigungsstücke oder ihre Umhüllungen den Hersteller des Tonträgers oder den Inhaber des vom Hersteller eingeräumten Nutzungsrechts nicht — mit Hilfe des Namens, der Marke oder jeder anderen geeigneten Bezeichnung — erkennen lassen, muß der Vermerk außerdem auch den Namen des Inhabers der Rechte des Herstellers des Tonträgers enthalten. Wenn schließlich die Vervielfältigungsstücke oder ihre Umhüllungen die Hauptpersonen unter den ausübenden Künstlern nicht erkennen lassen, muß der Vermerk auch den Namen der Person enthalten, die in dem Land, in dem die Festlegung stattgefunden hat, die Rechte dieser Künstler innehat.

Artikel 12

Wird ein zu Handelszwecken veröffentlichter Tonträger oder ein Vervielfältigungsstück eines solchen Tonträgers für die Funksendung oder für irgendeine öffentliche Wiedergabe unmittelbar benützt, so hat der Benützer den ausübenden Künstlern, den Herstellern von Tonträgern oder beiden eine einzige angemessene Vergütung zu zahlen. Für den Fall, daß die Beteiligten sich nicht einigen, kann die nationale Gesetzgebung die Aufteilung dieser Vergütung regeln.

Artikel 13

Die Sendeunternehmen genießen das Recht zu erlauben oder zu verbieten:

- a) die Weitersendung ihrer Sendungen;
- b) die Festlegung ihrer Sendungen;
- c) die Vervielfältigung
 - (i) der ohne ihre Zustimmung vorgenommenen Festlegungen ihrer Sendungen;
 - (ii) der auf Grund der Bestimmungen des Artikels 15 vorgenommenen Festlegungen ihrer Sendungen, wenn die Vervielfältigung zu anderen als den in diesen Bestimmungen genannten Zwecken vorgenommen wird;
- d) die öffentliche Wiedergabe ihrer Fernsehsendungen, wenn sie an Orten stattfindet, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind; es obliegt der nationalen Gesetzgebung des Staates, in dem der Schutz dieses Rechtes beansprucht wird, die Bedingungen für die Ausübung dieses Rechtes zu regeln.

Article 14

The term of protection to be granted under this Convention shall last at least until the end of a period of twenty years computed from the end of the year in which:

- (a) the fixation was made — for phonograms and for performances incorporated therein;
- (b) the performance took place — for performances not incorporated in phonograms;
- (c) the broadcast took place — for broadcasts.

Article 15

1. Any Contracting State may, in its domestic laws and regulations, provide for exceptions to the protection guaranteed by this Convention as regards:

- (a) private use;
- (b) use of short excerpts in connection with the reporting of current events;
- (c) ephemeral fixation by a broadcasting organisation by means of its own facilities and for its own broadcasts;
- (d) use solely for the purposes of teaching or scientific research.

2. Irrespective of paragraph 1 of this Article, any Contracting State may, in its domestic laws and regulations, provide for the same kinds of limitations with regard to the protection of performers, producers of phonograms and broadcasting organisations, as it provides for, in its domestic laws and regulations, in connexion with the protection of copyright in literary and artistic works. However, compulsory licences may be provided for only to the extent to which they are compatible with this Convention.

Article 16

1. Any State, upon becoming party to this Convention, shall be bound by all the obligations and shall enjoy all the benefits thereof. However, a State may at any time, in a notification deposited with the Secretary-General of the United Nations, declare that:

- (a) as regards Article 12:
 - (i) it will not apply the provisions of that Article;
 - (ii) it will not apply the provisions of that Article in respect of certain uses;
- (iii) as regards phonograms the producer of which is not a national of another Contracting State, it will not apply that Article;
- (iv) as regards phonograms the producer of which is a national of another Contracting State, it will limit the protection provided for by that Article to the extent to which, and to

Article 14

La durée de la protection à accorder en vertu de la présente Convention ne pourra pas être inférieure à une période de vingt années à compter de:

- a) la fin de l'année de la fixation, pour les phonogrammes et les exécutions fixées sur ceux-ci;
- b) la fin de l'année où l'exécution a eu lieu, pour les exécutions qui ne sont pas fixées sur phonogrammes;
- c) la fin de l'année où l'émission a eu lieu, pour les émissions de radiodiffusion.

Article 15

1. Tout État contractant a la faculté de prévoir dans sa législation nationale des exceptions à la protection garantie par la présente Convention dans les cas suivants:

- a) lorsqu'il s'agit d'une utilisation privée;
- b) lorsqu'il y a utilisation de courts fragments à l'occasion du compte rendu d'un événement d'actualité;
- c) lorsqu'il y a fixation éphémère par un organisme de radiodiffusion par ses propres moyens et pour ses propres émissions;
- d) lorsqu'il y a utilisation uniquement à des fins d'enseignement ou de recherche scientifique.

2. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, tout État contractant a la faculté de prévoir dans sa législation nationale, en ce qui concerne la protection des artistes interprètes ou exécutants, des producteurs de phonogrammes et des organismes de radiodiffusion, des limitations de même nature que celles qui sont prévues dans cette législation en ce qui concerne la protection du droit d'auteur sur les œuvres littéraires et artistiques. Toutefois, des licences obligatoires ne peuvent être instituées que dans la mesure où elles sont compatibles avec les dispositions de la présente Convention.

Article 16

1. En devenant partie à la présente Convention, tout État accepte toutes les obligations et est admis à tous les avantages qu'elle prévoit. Toutefois, un État pourra à tout moment spécifier, dans une notification déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies:

- a) en ce qui concerne l'article 12:
 - (i) qu'il n'appliquera aucune des dispositions de cet article;
 - (ii) qu'il n'appliquera pas les dispositions de cet article en ce qui concerne certaines utilisations;
 - (iii) qu'il n'appliquera pas les dispositions de cet article en ce qui concerne les phonogrammes dont le producteur n'est pas ressortissant d'un État contractant;
 - (iv) qu'en ce qui concerne les phonogrammes dont le producteur est ressortissant d'un autre État contractant, il limitera l'étendue et la durée de la protection prévue à cet ar-

Artículo 14

La duración de la protección concedida en virtud de la presente Convención no podrá ser inferior a veinte años, contados a partir:

- a) del final del año de la fijación, en lo que se refiere a los fonogramas y a las interpretaciones o ejecuciones grabadas en ellos;
- b) del final del año en que se haya realizado la actuación, en lo que se refiere a las interpretaciones o ejecuciones que no estén grabadas en un fonograma;
- c) del final del año en que se haya realizado la emisión, en lo que se refiere a las emisiones de radiodifusión.

Artículo 15

1. Cada uno de los Estados Contratantes podrá establecer en su legislación excepciones a la protección concedida por la presente Convención en los casos siguientes:

- a) cuando se trate de una utilización para uso privado;
- b) cuando se hayan utilizado breves fragmentos con motivo de informaciones sobre sucesos de actualidad;
- c) cuando se trate de una fijación efímera realizada por un organismo de radiodifusión por sus propios medios y para sus propias emisiones;
- d) cuando se trate de una utilización con fines exclusivamente docentes o de investigación científica.

2. Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 1 de este artículo, todo Estado Contratante podrá establecer en su legislación nacional y respecto a la protección de los artistas intérpretes o ejecutantes, de los productores de fonogramas y de los organismos de radiodifusión, limitaciones de la misma naturaleza que las establecidas en tal legislación nacional con respecto a la protección del derecho de autor sobre las obras literarias y artísticas. Sin embargo, no podrán establecerse licencias o autorizaciones obligatorias sino en la medida en que sean compatibles con las disposiciones de la presente Convención.

Artículo 16

1. Una vez que un Estado llegue a ser Parte en la presente Convención, aceptará todas las obligaciones y disfrutará de todas las ventajas previstas en la misma. Sin embargo, un Estado podrá indicar en cualquier momento, depositando en poder del Secretario General de las Naciones Unidas una notificación a este efecto:

- a) en relación con el artículo 12,
 - (i) que no aplicará ninguna disposición de dicho artículo;
 - (ii) que no aplicará las disposiciones de dicho artículo con respecto a determinadas utilidades;
 - (iii) que no aplicará las disposiciones del dicho artículo con respecto a los fonogramas cuyo productor no sea nacional de un Estado Contratante;
 - (iv) que, con respecto a los fonogramas cuyo productor sea nacional de otro Estado Contratante, limitará la amplitud y la duración de la protección prevista en dicho artículo

Artikel 14

Die Dauer des nach diesem Abkommen zu gewährenden Schutzes darf nicht kürzer als zwanzig Jahre sein, gerechnet:

- a) vom Ende des Jahres der Festlegung bei Tonträgern und bei Darbietungen, die auf Tonträgern festgelegt sind;
- b) vom Ende des Jahres, in dem die Darbietung stattgefunden hat, bei Darbietungen, die nicht auf Tonträgern festgelegt sind;
- c) vom Ende des Jahres, in dem die Sendung stattgefunden hat, bei Funksendungen.

Artikel 15

1. Jeder vertragschließende Staat kann in seiner nationalen Gesetzgebung Ausnahmen von dem mit diesem Abkommen gewährleisteten Schutz in den folgenden Fällen vorsehen:

- a) für eine private Benützung;
- b) für eine Benützung kurzer Bruchstücke anlässlich der Berichterstattung über Tagesereignisse;
- c) für eine ephemere Festlegung, die von einem Sendeunternehmen mit seinen eigenen Mitteln und für seine eigenen Sendungen vorgenommen wird;
- d) für eine Benützung, die ausschließlich Zwecken des Unterrichts oder der wissenschaftlichen Forschung dient.

2. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 kann jeder vertragschließende Staat für den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen in seiner nationalen Gesetzgebung Beschränkungen gleicher Art vorsehen, wie sie in dieser Gesetzgebung für den Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur und der Kunst vorgesehen sind. Zwangslizenzen können jedoch nur insoweit vorgesehen werden, als sie mit den Bestimmungen dieses Abkommens vereinbar sind.

Artikel 16

1. Ein Staat, der Mitglied dieses Abkommens wird, übernimmt damit alle Verpflichtungen und genießt alle Vorteile, die darin vorgesehen sind. Jedoch kann ein Staat jederzeit durch eine beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegte Mitteilung erklären:

- a) hinsichtlich des Artikels 12:
 - (i) daß er keine Bestimmung dieses Artikels anwenden wird;
 - (ii) daß er die Bestimmungen dieses Artikels für bestimmte Benützungen nicht anwenden wird;
 - (iii) daß er die Bestimmungen dieses Artikels für Tonträger nicht anwenden wird, deren Hersteller nicht Angehöriger eines vertragschließenden Staates ist;
 - (iv) daß er für die Tonträger, deren Hersteller Angehöriger eines anderen vertragschließenden Staates ist, den Umfang und die Dauer des in diesem Artikel vorgesehenen

the term for which, the latter State grants protection to phonograms first fixed by a national of the State making the declaration; however, the fact that the Contracting State of which the producer is a national does not grant the protection to the same beneficiary or beneficiaries as the State making the declaration shall not be considered as a difference in the extent of the protection;

- (b) as regards Article 13, it will not apply item (d) of that Article; if a Contracting State makes such a declaration, the other Contracting States shall not be obliged to grant the right referred to in Article 13, item (d), to broadcasting organisations whose headquarters are in that State.

2. If the notification referred to in paragraph 1 of this Article is made after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or accession, the declaration will become effective six months after it has been deposited.

Article 17

Any State which, on October 26, 1961, grants protection to producers of phonograms solely on the basis of the criterion of fixation may, by a notification deposited with the Secretary-General of the United Nations at the time of ratification, acceptance or accession, declare that it will apply, for the purposes of Article 5, the criterion of fixation alone and, for the purposes of paragraph 1 (a) (iii) and (iv) of Article 16, the criterion of fixation instead of the criterion of nationality.

Article 18

Any State which has deposited a notification under paragraph 3 of Article 5, paragraph 2 of Article 6, paragraph 1 of Article 16 or Article 17, may, by a further notification deposited with the Secretary-General of the United Nations, reduce its scope or withdraw it.

Article 19

Notwithstanding anything in this Convention, once a performer has consented to the incorporation of his performance in a visual or audio-visual fixation, Article 7 shall have no further application.

Article 20

1. This Convention shall not prejudice rights acquired in any Contracting State before the date of coming into force of this Convention for that State.

2. No Contracting State shall be bound to apply the provisions of this Convention to performances or broadcasts which took place, or to phonograms which were fixed, before the date of coming into force of this Convention for that State.

ticle, à celles de la protection que ce dernier État contractant accorde aux phonogrammes fixés pour la première fois par le ressortissant de l'État auteur de la déclaration; toutefois, lorsque l'État contractant dont le producteur est un ressortissant n'accorde pas la protection au même bénéficiaire ou aux mêmes bénéficiaires que l'État contractant auteur de la déclaration, ce fait ne sera pas considéré comme constituant une différence quant à l'étendue de la protection;

- b) en ce qui concerne l'article 13, qu'il n'appliquera pas les dispositions de l'alinéa d) de cet article; si un État contractant fait une telle déclaration, les autres États contractants ne seront pas tenus d'accorder le droit prévu à l'alinéa d) de l'article 13 aux organismes de radiodiffusion ayant leur siège social sur le territoire de cet État.

2. Si la notification visée au paragraphe 1 du présent article est déposée à une date postérieure à celle du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, elle ne prendra effet que six mois après son dépôt.

Article 17

Tout État dont la législation nationale, en vigueur au 26 octobre 1961, accorde aux producteurs de phonogrammes une protection établie en fonction du seul critère de la fixation pourra, par une notification déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en même temps que son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, déclarer qu'il n'appliquera que ce critère de la fixation aux fins de l'article 5, et ce même critère de la fixation au lieu du critère de la nationalité du producteur aux fins du paragraphe 1, alinéa a), (iii) et (iv), de l'article 16.

Article 18

Tout État qui a fait l'une des déclarations prévues à l'article 5, paragraphe 3, à l'article 6, paragraphe 2, à l'article 16, paragraphe 1 ou à l'article 17 peut, par une nouvelle notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, en réduire la portée ou la retirer.

Article 19

Nonobstant toutes autres dispositions de la présente Convention, l'article 7 cessera d'être applicable dès qu'un artiste interprète ou exécutant aura donné son consentement à l'inclusion de son exécution dans une fixation d'images ou d'images et de sons.

Article 20

1. La présente Convention ne porte pas atteinte aux droits acquis dans l'un quelconque des États contractants antérieurement à la date de l'entrée en vigueur pour cet État de la Convention.

2. Aucun État contractant ne sera tenu d'appliquer les dispositions de la présente Convention à des exécutions, ou à des émissions de radiodiffusion ayant eu lieu, ou à des phonogrammes enregistrés, antérieurement à la date de l'entrée en vigueur pour cet État de la Convention.

en la medida en que lo haga ese Estado Contratante con respecto a los fonogramas fijados por primera vez por un nacional del Estado que haga la declaración; sin embargo, cuando el Estado Contratante del que sea nacional el productor no conceda la protección al mismo o a los mismo beneficiarios que el Estado Contratante que haga la declaración, no se considerará esta circunstancia como una diferencia en la amplitud con que se concede la protección;

- b) en relación con el artículo 13, que no aplicará la disposición del apartado d) de dicho artículo. Si un Estado Contratante hace esa declaración, los demás Estados Contratantes no estarán obligados a conceder el derecho previsto en el apartado d) del artículo 13 a los organismos de radiodifusión cuya sede se halle en aquel Estado.

2. Si la notificación a que se refiere el párrafo 1 de este artículo se depositare en una fecha posterior a la del depósito del instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión, sólo surtirá efecto a los seis meses de la fecha de depósito.

Artículo 17

Todo Estado cuya legislación nacional en vigor el 26 de octubre de 1961 conceda protección a los productores de fonogramas basándose únicamente en el criterio de la fijación, podrá declarar, depositando una notificación en poder del Secretario General de las Naciones Unidas al mismo tiempo que el instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión, que sólo aplicará, con respecto al artículo 5, el criterio de la fijación, y con respecto al párrafo 1, apartado a), (iii) y (iv) del artículo 16, ese mismo criterio en lugar del criterio de la nacionalidad del productor.

Artículo 18

Todo Estado que haya hecho una de las declaraciones previstas en los artículos 5, párrafo 3, 6, párrafo 2, 16, párrafo 1, ó 17 podrá, mediante una nueva notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas, limitar su alcance o retirarla.

Artículo 19

No obstante cualesquiera otras disposiciones de la presente Convención, una vez que un artista intérprete o ejecutante haya consentido en que se incorpore su actuación en una fijación visual o audiovisual, dejará de ser aplicable el artículo 7.

Artículo 20

1. La presente Convención no entrañará menoscabo de los derechos adquiridos en cualquier Estado Contratante con anterioridad a la fecha de entrada en vigor de la Convención en ese Estado.

2. Un Estado Contratante no estará obligado a aplicar las disposiciones de la presente Convención a interpretaciones, ejecuciones o emisiones de radiodifusión realizadas, ni a fonogramas grabados con anterioridad a la entrada en vigor de la Convención en ese Estado.

Schutzes auf den Umfang und die Dauer des Schutzes beschränken wird, den dieser vertragschließende Staat den Tonträgern gewährt, die erstmals von einem Angehörigen des Staates, der die Erklärung abgegeben hat, festgelegt worden sind; wenn jedoch der vertragschließende Staat, dem der Hersteller angehört, den Schutz nicht dem oder den gleichen Begünstigten gewährt wie der vertragschließende Staat, der die Erklärung abgegeben hat, so gilt dies nicht als Unterschied im Umfang des Schutzes;

- b) hinsichtlich des Artikels 13, daß er die Bestimmungen des Buchstabens d) dieses Artikels nicht anwenden wird; gibt ein vertragschließender Staat eine solche Erklärung ab, so sind die anderen vertragschließenden Staaten nicht verpflichtet, den Sendeunternehmen, die ihren Sitz im Gebiet dieses Staates haben, das in Artikel 13 Buchstabe d) vorgesehene Recht zu gewähren.

2. Wird die in Absatz 1 vorgesehene Mitteilung zu einem späteren Zeitpunkt als dem der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, so wird sie erst sechs Monate nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 17

Jeder Staat, dessen nationale Gesetzgebung am 26. Oktober 1961 den Herstellern von Tonträgern einen Schutz gewährt, der ausschließlich auf dem Merkmal der Festlegung beruht, kann durch eine gleichzeitig mit seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegte Mitteilung erklären, daß er hinsichtlich des Artikels 5 nur dieses Merkmal der Festlegung und hinsichtlich des Artikels 16 Abs. 1 Buchstabe a) (iii) und (iv) das gleiche Merkmal der Festlegung an Stelle des Merkmals der Staatsangehörigkeit des Herstellers anwenden wird.

Artikel 18

Jeder Staat, der eine der in Artikel 5 Abs. 3, in Artikel 6 Abs. 2, in Artikel 16 Abs. 1 oder in Artikel 17 vorgesehenen Erklärungen abgegeben hat, kann durch eine neue, an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gerichtete Mitteilung ihre Tragweite einschränken oder sie zurückziehen.

Artikel 19

Unbeschadet aller anderen Bestimmungen dieses Abkommens ist Artikel 7 nicht mehr anwendbar, sobald ein ausübender Künstler seine Zustimmung dazu erteilt hat, daß seine Darbietung einem Bildträger oder einem Bild- und Tonträger eingefügt wird.

Artikel 20

1. Dieses Abkommen läßt die Rechte unberührt, die in einem der vertragschließenden Staaten erworben worden sind, bevor dieses Abkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist.

2. Kein vertragschließender Staat ist verpflichtet, die Bestimmungen dieses Abkommens auf Darbietungen oder Funksendungen anzuwenden, die stattgefunden haben, bevor dieses Abkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist, oder auf Tonträger, die vor diesem Zeitpunkt festgelegt worden sind.

Article 21

The protection provided for in this Convention shall not prejudice any protection otherwise secured to performers, producers of phonograms and broadcasting organisations.

Article 22

Contracting States reserve the right to enter into special agreements among themselves in so far as such agreements grant to performers, producers of phonograms or broadcasting organisations more extensive rights than those granted by this Convention or contain other provisions not contrary to this Convention.

Article 23

This Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations. It shall be open until June 30, 1962, for signature by any State invited to the Diplomatic Conference on the International Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organisations which is a party to the Universal Copyright Convention or a member of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works.

Article 24

1. This Convention shall be subject to ratification or acceptance by the signatory States.

2. This Convention shall be open for accession by any State invited to the Conference referred to in Article 23, and by any State Member of the United Nations, provided that in either case such State is a party to the Universal Copyright Convention or a member of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works.

3. Ratification, acceptance or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General of the United Nations.

Article 25

1. This Convention shall come into force three months after the date of deposit of the sixth instrument of ratification, acceptance or accession.

2. Subsequently, this Convention shall come into force in respect of each State three months after the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession.

Article 26

1. Each Contracting State undertakes to adopt, in accordance with its Constitution, the measures necessary to ensure the application of this Convention.

2. At the time of deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession, each State must be in a position under its domestic law to give effect to the terms of this Convention.

Article 27

1. Any State may, at the time of ratification, acceptance or accession, or at any time thereafter, declare

Article 21

La protection prévue par la présente Convention ne saurait porter atteinte à celle dont pourraient bénéficier autrement les artistes interprètes ou exécutants, les producteurs de phonogrammes et les organismes de radiodiffusion.

Article 22

Les États contractants se réservent le droit de prendre entre eux des arrangements particuliers, en tant que ces arrangements confèreraient aux artistes interprètes ou exécutants, aux producteurs de phonogrammes ou aux organismes de radiodiffusion des droits plus étendus que ceux accordés par la présente Convention ou qu'ils renfermeraient d'autres dispositions non contraires à celle-ci.

Article 23

La présente Convention sera déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Elle est ouverte, jusqu'à la date du 30 juin 1962, à la signature des États invités à la Conférence diplomatique sur la protection internationale des artistes interprètes ou exécutants, des producteurs de phonogrammes et des organismes de radiodiffusion, qui sont parties à la Convention universelle sur le droit d'auteur ou membres de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

Article 24

1. La présente Convention sera soumise à la ratification ou à l'acceptation des États signataires.

2. La présente Convention sera ouverte à l'adhésion des États invités à la Conférence désignée à l'article 23, ainsi qu'à l'adhésion de tout État membre de l'Organisation des Nations Unies, à condition que l'État adhérent soit partie à la Convention universelle sur le droit d'auteur ou membre de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

3. La ratification, l'acceptation ou l'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 25

1. La présente Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du sixième instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

2. Par la suite, la Convention entrera en vigueur, pour chaque État, trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

Article 26

1. Tout État contractant s'engage à prendre, conformément aux dispositions de sa constitution, les mesures nécessaires pour assurer l'application de la présente Convention.

2. Au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, tout État doit être en mesure, conformément à sa législation nationale, d'appliquer les dispositions de la présente Convention.

Article 27

1. Tout État pourra, au moment de la ratification, de l'acceptation ou de l'adhésion, ou à tout moment ulté-

Artículo 21

La protección otorgada por esta Convención no podrá entrañar menoscabo de cualquier otra forma de protección de que disfrutaban los artistas intérpretes o ejecutantes, los productores de fonogramas y los organismos de radiodifusión.

Artículo 22

Los Estados Contratantes se reservan el derecho de concertar entre sí acuerdos especiales, siempre que tales acuerdos confieran a los artistas intérpretes o ejecutantes, a los productores de fonogramas y a los organismos de radiodifusión derechos más amplios que los reconocidos por la presente Convención o comprendan otras estipulaciones que no sean contrarias a la misma.

Artículo 23

La presente Convención será depositada en poder del Secretario General de las Naciones Unidas. Estará abierta hasta el 30 de junio de 1962 a la firma de los Estados invitados a la Conferencia Diplomática sobre la Protección Internacional de los Artistas Intérpretes o Ejecutantes, los Productores de Fonogramas y los Organismos de Radiodifusión, que sean Partes en la Convención Universal sobre Derecho de Autor o Miembros de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

Artículo 24

1. La presente Convención será sometida a la ratificación o a la aceptación de los Estados firmantes.

2. La presente Convención estará abierto a la adhesión de los Estados invitados a la Conferencia señalada en el artículo 23, así como a la de cualquier otro Estado Miembro de las Naciones Unidas, siempre que ese Estado sea Parte en la Convención Universal sobre Derecho de Autor o Miembro de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

3. La ratificación, la aceptación o la adhesión se hará mediante un instrumento que será entregado, para su depósito, al Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 25

1. La presente Convención entrará en vigor tres meses después de la fecha del depósito del sexto instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión.

2. Ulteriormente, la Convención entrará en vigor, para cada Estado, tres meses después de la fecha del depósito de su instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión.

Artículo 26

1. Todo Estado Contratante se compromete a tomar, de conformidad con sus disposiciones constitucionales, las medidas necesarias para garantizar la aplicación de la presente Convención.

2. En el momento de depositar su instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión, todo Estado debe hallarse en condiciones de aplicar, de conformidad con su legislación nacional, las disposiciones de la presente Convención.

Artículo 27

1. Todo Estado podrá, en el momento de la ratificación, de la aceptación o de la adhesión, o en cualquier mo-

Artikel 21

Der in diesem Abkommen vorgesehene Schutz läßt den Schutz unberührt, den die ausübenden Künstler, die Hersteller von Tonträgern und die Sendunternehmen etwa aus anderen Rechtsgründen genießen.

Artikel 22

Die vertragschließenden Staaten behalten sich das Recht vor, untereinander besondere Vereinbarungen zu treffen, soweit diese den ausübenden Künstlern, den Herstellern von Tonträgern oder den Sendunternehmen weitergehende Rechte verschaffen als diejenigen, die durch dieses Abkommen gewährt werden, oder soweit sie andere Bestimmungen enthalten, die nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Artikel 23

Dieses Abkommen wird beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt. Es steht bis zum 30. Juni 1962 den Staaten zur Unterzeichnung offen, die zur Diplomatischen Konferenz über den internationalen Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen eingeladen worden sind und die dem Welturheberrechtsabkommen angehören oder Mitglieder des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst sind.

Artikel 24

1. Dieses Abkommen soll durch die Unterzeichnerstaaten ratifiziert oder angenommen werden.

2. Dieses Abkommen steht für die Staaten, die zu der in Artikel 23 bezeichneten Konferenz eingeladen worden sind, sowie für jeden Mitgliedstaat der Organisation der Vereinten Nationen zum Beitritt offen, vorausgesetzt, daß der beitretende Staat dem Welturheberrechtsabkommen angehört oder Mitglied des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst ist.

3. Die Ratifikation, die Annahme oder der Beitritt geschieht durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen.

Artikel 25

1. Dieses Abkommen tritt drei Monate nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. In der Folge tritt dieses Abkommen für jeden Staat drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 26

1. Jeder vertragschließende Staat verpflichtet sich, im Einklang mit seiner Verfassung die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten.

2. Im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde muß jeder Staat nach seiner nationalen Gesetzgebung in der Lage sein, die Bestimmungen dieses Abkommens anzuwenden.

Artikel 27

1. Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Ratifikation, der Annahme oder des Beitritts oder in jedem späteren

by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Convention shall extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible, provided that the Universal Copyright Convention or the International Convention for the Protection of Literary and Artistic Works applies to the territory or territories concerned. This notification shall take effect three months after the date of its receipt.

2. The notifications referred to in paragraph 3 of Article 5, paragraph 2 of Article 6, paragraph 1 of Article 16 and Articles 17 and 18, may be extended to cover all or any of the territories referred to in paragraph 1 of this Article.

Article 28

1. Any Contracting State may denounce this Convention, on its own behalf, or on behalf of all or any of the territories referred to in Article 27.

2. The denunciation shall be effected by a notification addressed to the Secretary-General of the United Nations and shall take effect twelve months after the date of receipt of the notification.

3. The right of denunciation shall not be exercised by a Contracting State before the expiry of a period of five years from the date on which the Convention came into force with respect to that State.

4. A Contracting State shall cease to be a party to this Convention from that time when it is neither a party to the Universal Copyright Convention nor a member of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works.

5. This Convention shall cease to apply to any territory referred to in Article 27 from that time when neither the Universal Copyright Convention nor the International Convention for the Protection of Literary and Artistic Works applies to that territory.

Article 29

1. After this Convention has been in force for five years, any Contracting State may, by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of revising the Convention. The Secretary-General shall notify all Contracting States of this request. If, within a period of six months following the date of notification by the Secretary-General of the United Nations, not less than one half of the Contracting States notify him of their concurrence with the request, the Secretary-General shall inform the Director-General of the International Labour Office, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and the Director of the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works, who shall convene a revision conference in co-operation with the Intergovernmental Committee provided for in Article 32.

2. The adoption of any revision of this Convention shall require an affirmative vote by two-thirds of the States attending the revision conference, provided that this majority includes two-thirds of the States which, at the time of the revision conference, are parties to the Convention.

rieur, déclarer par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, que la présente Convention s'étendra à l'ensemble ou à l'un quelconque des territoires dont il assure les relations internationales, à condition que la Convention universelle sur le droit d'auteur ou la Convention internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques soit applicable aux territoires dont il s'agit. Cette notification prendra effet trois mois après la date de sa réception.

2. Les déclarations et notifications visées à l'article 5, paragraphe 3, à l'article 6, paragraphe 2, à l'article 16, paragraphe 1, à l'article 17 ou à l'article 18, peuvent être étendues à l'ensemble ou à l'un quelconque des territoires visés au paragraphe qui précède.

Article 28

1. Tout État contractant aura la faculté de dénoncer la présente Convention, soit en son nom propre, soit au nom de l'un quelconque ou de l'ensemble des territoires visés à l'article 27.

2. La dénonciation sera faite par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et prendra effet douze mois après la date à laquelle la notification aura été reçue.

3. La faculté de dénonciation prévue au présent article ne pourra être exercée par un État contractant avant l'expiration d'une période de cinq ans à compter de la date à partir de laquelle la Convention est entrée en vigueur à l'égard dudit État.

4. Tout État contractant cesse d'être partie à la présente Convention dès le moment où il ne serait plus ni partie à la Convention universelle sur le droit d'auteur ni membre de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

5. La présente Convention cesse d'être applicable à tout territoire visé à l'article 27, dès le moment où ni la Convention universelle sur le droit d'auteur ni la Convention internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques ne s'appliqueraient plus à ce territoire.

Article 29

1. Après que la présente Convention aura été en vigueur pendant cinq ans, tout État contractant pourra, par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, demander la convocation d'une conférence à l'effet de reviser la Convention. Le Secrétaire général notifiera cette demande à tous les États contractants. Si, dans un délai de six mois à dater de la notification adressée par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, la moitié au moins des États contractants lui signifient leur assentiment à cette demande, le Secrétaire général en informera le Directeur général du Bureau international du Travail, le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture et le Directeur du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, qui convoqueront une conférence de revision en collaboration avec le Comité intergouvernemental prévu à l'article 32.

2. Toute revision de la présente Convention devra être adoptée à la majorité des deux tiers des États présents à la Conférence de revision à condition que cette majorité comprenne les deux tiers des États qui, à la date de la Conférence de revision, sont parties à la Convention.

mento ulterior, declarar, mediante notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas, que la presente Convención se extenderá al conjunto o a uno cualquiera de los territorios de cuyas relaciones internacionales sea responsable, a condición de que la Convención Universal sobre Derecho de Autor o la Convención Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas sean aplicables a los territorios de que se trate. Esta notificación surtirá efecto tres meses después de la fecha en que se hubiere recibido.

2. Las declaraciones y notificaciones a que se hace referencia en los artículos 5, párrafo 3, 6, párrafo 2, 16, párrafo 1, 17 ó 18 podrán ser extendidas al conjunto o a uno cualquiera de los territorios a que se alude en el párrafo precedente.

Artículo 28

1. Todo Estado Contratante tendrá la facultad de denunciar la presente Convención, ya sea en su propio nombre, ya sea en nombre de uno cualquiera o del conjunto de los territorios señalados en el artículo 27.

2. La denuncia se efectuará mediante comunicación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas y surtirá efecto doce meses después de la fecha en que se reciba la notificación.

3. La facultad de denuncia prevista en el presente artículo no podrá ejercerse por un Estado Contratante antes de la expiración de un período de cinco años a partir de la fecha en que la Convención haya entrado en vigor con respecto a dicho Estado.

4. Todo Estado Contratante dejará de ser Parte en la presente Convención desde el momento en que no sea Parte en la Convención Universal sobre Derecho de Autor ni Miembro de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

5. La presente Convención dejará de ser aplicable a los territorios señalados en el artículo 27 desde el momento en que también dejen de ser aplicables a dichos territorios la Convención Universal sobre Derecho de Autor y la Convención Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

Artículo 29

1. Una vez que la presente Convención haya estado en vigor durante un período de cinco años, todo Estado Contratante podrá, mediante notificación dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas, pedir la convocatoria de una conferencia con el fin de revisar la Convención. El Secretario General notificará esa petición a todos los Estados Contratantes. Si en el plazo de seis meses después de que el Secretario General de las Naciones Unidas hubiese enviado la notificación, la mitad por lo menos de los Estados Contratantes le dan a conocer su asentimiento a dicha petición, el Secretario General informará de ello al Director General de la Oficina Internacional del Trabajo, al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y al Director de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas, quienes convocarán una conferencia de revisión en colaboración con el Comité Inter gubernamental previsto en el artículo 32.

2. Para aprobar un texto revisado de la presente Convención será necesaria la mayoría de dos tercios de los Estados que asistan a la conferencia convocada para revisar la Convención; en esa mayoría deberán figurar los dos tercios de los Estados que al celebrarse dicha conferencia sean Partes en la Convención.

Zeitpunkt durch eine an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gerichtete Mitteilung erklären, daß dieses Abkommen sich auf alle oder einen Teil der Gebiete erstreckt, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, vorausgesetzt, daß das Welturheberrechtsabkommen oder die Internationale Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst auf die betreffenden Gebiete anwendbar ist. Diese Mitteilung wird drei Monate nach ihrem Empfang wirksam.

2. Die in Artikel 5 Abs. 3, in Artikel 6 Abs. 2, in Artikel 16 Abs. 1, in Artikel 17 oder in Artikel 18 genannten Erklärungen und Mitteilungen können auf alle oder einen Teil der in Absatz 1 genannten Gebiete erstreckt werden.

Artikel 28

1. Jeder vertragschließende Staat kann dieses Abkommen in seinem eigenen Namen oder im Namen aller oder eines Teiles der in Artikel 27 genannten Gebiete kündigen.

2. Die Kündigung geschieht durch eine an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gerichtete Mitteilung und wird zwölf Monate nach dem Empfang der Mitteilung wirksam.

3. Von der in diesem Artikel vorgesehenen Möglichkeit der Kündigung kann ein vertragschließender Staat nicht vor Ablauf von fünf Jahren von dem Zeitpunkt an Gebrauch machen, in dem das Abkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist.

4. Jeder vertragschließende Staat hört in dem Zeitpunkt auf, Mitglied dieses Abkommens zu sein, in dem er nicht mehr dem Welturheberrechtsabkommen angehört und nicht mehr Mitglied des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst ist.

5. Dieses Abkommen hört in dem Zeitpunkt auf, auf eines der in Artikel 27 genannten Gebiete anwendbar zu sein, in dem auf dieses Gebiet weder das Welturheberrechtsabkommen noch die Internationale Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst weiterhin anwendbar ist.

Artikel 29

1. Nachdem dieses Abkommen fünf Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann jeder vertragschließende Staat durch eine an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gerichtete Mitteilung die Einberufung einer Konferenz zur Revision dieses Abkommens beantragen. Der Generalsekretär teilt diesen Antrag allen vertragschließenden Staaten mit. Wenn innerhalb von sechs Monaten seit der Mitteilung des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen mindestens die Hälfte der vertragschließenden Staaten ihm ihre Zustimmung zu diesem Antrag bekanntgegeben hat, unterrichtet der Generalsekretär den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und den Direktor des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst, die in Zusammenarbeit mit dem in Artikel 32 vorgesehenen Ausschuß von Regierungsvertretern eine Revisionskonferenz einberufen.

2. Jede Revision dieses Abkommens muß mit Zweidrittelmehrheit der bei der Revisionskonferenz anwesenden Staaten angenommen werden, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit zwei Drittel der Staaten umfaßt, die im Zeitpunkt der Revisionskonferenz Mitglieder dieses Abkommens sind.

3. In the event of adoption of a Convention revising this Convention in whole or in part, and unless the revising Convention provides otherwise:

- (a) this Convention shall cease to be open to ratification, acceptance or accession as from the date of entry into force of the revising Convention;
- (b) this Convention shall remain in force as regards relations between or with Contracting States which have not become parties to the revising Convention.

Article 30

Any dispute which may arise between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention and which is not settled by negotiation shall, at the request of any one of the parties to the dispute, be referred to the International Court of Justice for decision, unless they agree to another mode of settlement.

Article 31

Without prejudice to the provisions of paragraph 3 of Article 5, paragraph 2 of Article 6, paragraph 1 of Article 16 and Article 17, no reservation may be made to this Convention.

Article 32

1. An Intergovernmental Committee is hereby established with the following duties:

- (a) to study questions concerning the application and operation of this Convention; and
- (b) to collect proposals and to prepare documentation for possible revision of this Convention.

2. The Committee shall consist of representatives of the Contracting States, chosen with due regard to equitable geographical distribution. The number of members shall be six if there are twelve Contracting States or less, nine if there are thirteen to eighteen Contracting States and twelve if there are more than eighteen Contracting States.

3. The Committee shall be constituted twelve months after the Convention comes into force by an election organised among the Contracting States, each of which shall have one vote, by the Director-General of the International Labour Office, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Director of the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works, in accordance with rules previously approved by a majority of all Contracting States.

4. The Committee shall elect its Chairman and officers. It shall establish its own rules of procedure. These rules shall in particular provide for the future operation of the Committee and for a method of selecting its members for the future in such a way as to ensure rotation among the various Contracting States.

5. Officials of the International Labour Office, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works, designated

3. Au cas où une nouvelle Convention portant révision totale ou partielle de la présente Convention serait adoptée, et à moins que la nouvelle Convention ne dispose autrement:

- a) la présente Convention cessera d'être ouverte à la ratification, à l'acceptation ou à l'adhésion à partir de la date d'entrée en vigueur de la nouvelle Convention portant révision;
- b) la présente Convention demeurera en vigueur en ce qui concerne les rapports avec les États contractants qui ne deviendront pas parties à la nouvelle Convention.

Article 30

Tout différend entre deux ou plusieurs États contractants concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, qui ne sera pas réglé par voie de négociation, sera, à la requête de l'une des parties au différend, porté devant la Cour internationale de Justice pour qu'il soit statué par celle-ci, à moins que les États en cause ne conviennent d'un autre mode de règlement.

Article 31

Sans préjudice des dispositions de l'article 5, paragraphe 3, de l'article 6, paragraphe 2, de l'article 16, paragraphe 1, et de l'article 17, aucune réserve n'est admise à la présente Convention.

Article 32

1. Il est institué un Comité intergouvernemental ayant pour mission:

- a) d'examiner les questions relatives à l'application et au fonctionnement de la présente Convention;
- b) de réunir les propositions et de préparer la documentation concernant d'éventuelles révisions de la Convention.

2. Le Comité se composera de représentants des États contractants, choisis en tenant compte d'une répartition géographique équitable. Le nombre des membres du Comité sera de six si celui des États contractants est inférieur ou égal à douze, de neuf si le nombre des États contractants est de treize à dix-huit, et de douze si le nombre des États contractants dépasse dix-huit.

3. Le Comité sera constitué douze mois après l'entrée en vigueur de la Convention, à la suite d'un scrutin organisé entre les États contractants — lesquels disposeront chacun d'une voix — par le Directeur général du Bureau international du Travail, le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, et le Directeur du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques, conformément à des règles qui auront été approuvées au préalable par la majorité absolue des États contractants.

4. Le Comité élira son président et son bureau. Il établira un règlement intérieur portant en particulier sur son fonctionnement futur et sur son mode de renouvellement; ce règlement devra notamment assurer un roulement entre les divers États contractants.

5. Le secrétariat du Comité sera composé de fonctionnaires du Bureau international du Travail, de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, et du Bureau de l'Union internationale pour la

3. En el caso de que se apruebe una nueva Convención que implique una revisión total o parcial de la presente, y a menos que la nueva Convención contenga disposiciones en contrario:

- a) la presente Convención dejará de estar abierta a la ratificación, a la aceptación o a la adhesión a partir de la fecha en que la Convención revisada hubiere entrado en vigor;
- b) la presente Convención continuará en vigor con respecto a los Estados Contratantes que no sean Partes en la Convención revisada.

Artículo 30

Toda controversia entre dos o más Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación de la presente Convención que no fuese resuelta por vía de negociación será sometido, a petición de una de las partes en la controversia, a la Corte Internacional de Justicia con el fin de que ésta resuelva, a menos que los Estados de que se trate convengan otro modo de solución.

Artículo 31

Salvo lo dispuesto en los artículos 5, párrafo 3, 6, párrafo 2, 16, párrafo 1, y 17, no se admitirá ninguna reserva respecto de la presente Convención.

Artículo 32

1. Se establecerá un Comité Intergubernamental encargado de:

- a) examinar las cuestiones relativas a la aplicación y al funcionamiento de la presente Convención, y
- b) reunir las propuestas y preparar la documentación para posibles revisiones de la Convención.

2. El Comité estará compuesto de representantes de los Estados Contratantes, elegidos teniendo en cuenta una distribución geográfica equitativa. Constará de seis miembros si el número de Estados Contratantes es inferior o igual a doce, de nueve si ese número es mayor de doce y menor de diecinueve, y de doce si hay más de dieciocho Estados Contratantes.

3. El Comité se constituirá a los doce meses de la entrada en vigor de la Convención, previa elección entre los Estados Contratantes, en la que cada uno de éstos tendrá un voto, y que será organizada por el Director General de la Oficina Internacional del Trabajo, el Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y el Director de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas, con arreglo a normas que hayan sido aprobadas previamente por la mayoría absoluta de los Estados Contratantes.

4. El Comité elegirá su Presidente y su Mesa. Establecerá su propio reglamento, que contendrá, en especial, disposiciones respecto a su funcionamiento futuro y a su forma de renovación. Este reglamento deberá asegurar el respeto del principio de la rotación entre los diversos Estados Contratantes.

5. Constituirán la Secretaría del Comité los funcionarios de la Oficina Internacional del Trabajo de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y de la Oficina de la Unión Inter-

3. Falls ein neues Abkommen angenommen wird, das dieses Abkommen ganz oder teilweise ändert, und sofern das neue Abkommen nichts anderes bestimmt,

- a) steht dieses Abkommen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen, revidierten Abkommens an nicht mehr zur Ratifikation, zur Annahme oder zum Beitritt offen,
- b) bleibt dieses Abkommen hinsichtlich der Beziehungen zwischen den vertragschließenden Staaten in Kraft, die nicht Mitglieder des neuen Abkommens werden.

Artikel 30

Jede Streitfrage zwischen zwei oder mehreren vertragschließenden Staaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens, die nicht auf dem Verhandlungswege geregelt wird, soll auf Antrag einer der streitenden Parteien zur Entscheidung vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden, sofern die beteiligten Staaten nicht eine andere Art der Regelung vereinbaren.

Artikel 31

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5 Abs. 3, des Artikels 6 Abs. 2, des Artikels 16 Abs. 1 und des Artikels 17 ist kein Vorbehalt zu diesem Abkommen zulässig.

Artikel 32

1. Es wird ein Ausschuß von Regierungsvertretern eingesetzt, der folgende Aufgaben hat:

- a) die Fragen zu prüfen, die sich auf die Anwendung und Durchführung dieses Abkommens beziehen;
- b) die Vorschläge zu sammeln und die Unterlagen vorzubereiten, die sich auf etwaige Revisionen dieses Abkommens beziehen.

2. Der Ausschuß setzt sich aus Vertretern der vertragschließenden Staaten zusammen, die unter Berücksichtigung einer angemessenen geographischen Verteilung ausgewählt werden. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses beträgt sechs, wenn die Zahl der vertragschließenden Staaten zwölf oder weniger beträgt, neun, wenn die Zahl der vertragschließenden Staaten dreizehn bis achtzehn beträgt, und zwölf, wenn die Zahl der vertragschließenden Staaten achtzehn übersteigt.

3. Der Ausschuß wird zwölf Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens auf Grund einer Abstimmung gebildet, die unter den vertragschließenden Staaten — von denen jeder über eine Stimme verfügt — von dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und dem Direktor des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst nach den Regeln durchgeführt wird, die vorher von der absoluten Mehrheit der vertragschließenden Staaten genehmigt worden sind.

4. Der Ausschuß wählt seinen Vorsitzenden und sein Büro. Er stellt seine Geschäftsordnung auf, die sich insbesondere auf seine künftige Arbeitsweise und die Art seiner Erneuerung bezieht; diese Geschäftsordnung muß namentlich einen Wechsel unter den verschiedenen vertragschließenden Staaten sicherstellen.

5. Das Sekretariat des Ausschusses setzt sich zusammen aus Angehörigen des Internationalen Arbeitsamtes, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und des Büros des

by the Directors-General and the Director thereof, shall constitute the Secretariat of the Committee.

6. Meetings of the Committee, which shall be convened whenever a majority of its members deems it necessary, shall be held successively at the headquarters of the International Labour Office, the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works.

7. Expenses of members of the Committee shall be borne by their respective Governments.

Article 33

1. The present Convention is drawn up in English, French and Spanish, the three texts being equally authentic.

2. In addition, official texts of the present Convention shall be drawn up in German, Italian and Portuguese.

Article 34

1. The Secretary-General of the United Nations shall notify the States invited to the Conference referred to in Article 23 and every State Member of the United Nations, as well as the Director-General of the International Labour Office, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Director of the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works:

- (a) of the deposit of each instrument of ratification, acceptance or accession;
- (b) of the date of entry into force of the Convention;
- (c) of all notifications, declarations or communications provided for in this Convention;
- (d) if any of the situations referred to in paragraphs 4 and 5 of Article 28 arise.

2. The Secretary-General of the United Nations shall also notify the Director-General of the International Labour Office, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Director of the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works of the requests communicated to him in accordance with Article 29, as well as of any communication received from the Contracting States concerning the revision of the Convention.

IN FAITH WHEREOF, the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE at Rome, this twenty-sixth day of October 1961, in a single copy in the English, French and Spanish languages. Certified true copies shall be delivered by the Secretary-General of the United Nations to all the States invited to the Conference referred to in Article 23 and to every State Member of the United Nations, as well as to the Director-General of the International Labour Office, the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation and the Director of the Bureau of the International Union for the Protection of Literary and Artistic Works.

protection des œuvres littéraires et artistiques désignées respectivement par les Directeurs généraux et le Directeur des trois institutions intéressées.

6. Les réunions du Comité, qui sera convoqué chaque fois que la majorité de ses membres le jugera utile, se tiendront successivement aux sièges respectifs du Bureau international du Travail, de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, et du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

7. Les frais des membres du Comité seront à la charge de leurs gouvernements respectifs.

Article 33

1. La présente Convention est établie en français, en anglais et en espagnol, ces trois textes faisant également foi.

2. Il sera, d'autre part, établi des textes officiels de la présente Convention en allemand, en italien et en portugais.

Article 34

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies informera les États invités à la Conférence désignée à l'article 23 et tout État membre de l'Organisation des Nations Unies, ainsi que le Directeur général du Bureau international du Travail, le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, et le Directeur du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques:

- a) du dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;
- b) de la date d'entrée en vigueur de la Convention;
- c) des notifications, déclarations et toutes autres communications prévues à la présente Convention;
- d) de tout cas où se produirait l'une des situations envisagées aux paragraphes 4 et 5 de l'article 28.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies informera également le Directeur général du Bureau international du Travail, le Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture et le Directeur du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques des demandes qui lui seront notifiées, aux termes de l'article 29, ainsi que de toute communication reçue des États contractants au sujet de la révision de la présente Convention.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Rome, le 26 octobre 1961, en un seul exemplaire en français, en anglais et en espagnol. Des copies certifiées conformes seront remises par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies à tous les États invités à la Conférence désignée à l'article 23 et à tout État membre de l'Organisation des Nations Unies, ainsi qu'au Directeur général du Bureau international du Travail, au Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture, et au Directeur du Bureau de l'Union internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

nacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas designados, respectivamente, por los Directores Generales y por el Director de las tres organizaciones interesadas.

6. Las reuniones del Comité, que se convocarán siempre que lo juzgue necesario la mayoría de sus miembros, se celebrarán sucesivamente en las sedes de la Oficina Internacional del Trabajo, de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

7. Los gastos de los miembros del Comité correrán a cargo de sus respectivos Gobiernos.

Artículo 33

1. Las versiones española, francesa e inglesa del texto de la presente Convención serán igualmente auténticas.

2. Se establecerán además textos oficiales de la presente Convención en alemán, italiano y portugués.

Artículo 34

1. El Secretario General de las Naciones Unidas informará a los Estados invitados a la Conferencia señalada en el artículo 23 y a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas, así como al Director General de la Oficina Internacional del Trabajo, al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y al Director de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas:

- a) del depósito de todo instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión;
- b) de la fecha de entrada en vigor de la presente Convención;
- c) de todas las notificaciones, declaraciones o comunicaciones previstas en la presente Convención; y
- d) de todos los casos en que se produzca alguna de las situaciones previstas en los párrafos 4 y 5 del artículo 28.

2. El Secretario General de las Naciones Unidas informará asimismo al Director General de la Oficina Internacional del Trabajo, al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y al Director de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas de las peticiones que se le notifiquen de conformidad con el artículo 29, así como de toda comunicación que reciba de los Estados Contratantes con respecto a la revisión de la presente Convención.

EN FE DE LO CUAL, los que suscriben, debidamente autorizados al efecto, firman la presente Convención.

HECHO en Roma el 26 de octubre de 1961, en un solo ejemplar en español, en francés y en inglés. El Secretario General de las Naciones Unidas remitirá copias certificadas conformes a todos los Estados invitados a la Conferencia indicada en el artículo 23 y a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas, así como al Director General de la Oficina Internacional del Trabajo, al Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Educación, la Ciencia y la Cultura y al Director de la Oficina de la Unión Internacional para la Protección de las Obras Literarias y Artísticas.

Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst, die von den Generaldirektoren und dem Direktor der drei beteiligten Organisationen bestimmt werden.

6. Die Sitzungen des Ausschusses, der einberufen wird, sobald die Mehrheit seiner Mitglieder es für zweckmäßig hält, werden abwechselnd am Sitz des Internationalen Arbeitsamtes, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst abgehalten.

7. Die Auslagen der Mitglieder des Ausschusses werden von ihren Regierungen getragen.

Artikel 33

1. Dieses Abkommen wird in englischer, französischer und spanischer Sprache abgefaßt; diese drei Texte sind in gleicher Weise maßgebend.

2. Außerdem werden offizielle Texte dieses Abkommens in deutscher, italienischer und portugiesischer Sprache abgefaßt.

Artikel 34

1. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen unterrichtet die Staaten, die zu der in Artikel 23 genannten Konferenz eingeladen worden sind, und jeden Mitgliedstaat der Organisation der Vereinten Nationen sowie den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und den Direktor des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst:

- a) über die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;
- b) über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens;
- c) über die in diesem Abkommen vorgesehenen Mitteilungen, Erklärungen und sonstigen Anzeigen;
- d) über den Eintritt eines in Artikel 28 Abs. 4 oder Abs. 5 genannten Sachverhalts.

2. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen unterrichtet ferner den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und den Direktor des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst über die Anträge, die nach Artikel 29 an ihn gerichtet werden, sowie über jede Mitteilung, die er hinsichtlich der Revision dieses Abkommens von den vertragschließenden Staaten erhält.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten, die hierzu in gehöriger Weise ermächtigt sind, dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Rom am 26. Oktober 1961 in einem einzigen Exemplar in englischer, französischer und spanischer Sprache. Beglaubigte Abschriften übersendet der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen an alle Staaten, die zu der in Artikel 23 genannten Konferenz eingeladen worden sind, und an jeden Mitgliedstaat der Organisation der Vereinten Nationen sowie an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, an den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und an den Direktor des Büros des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst.

For AFGHANISTAN:
Pour l'AFGHANISTAN:
Por AFGANISTÁN:

Für AFGHANISTAN:

For the PEOPLE'S REPUBLIC OF ALBANIA:
Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE D'ALBANIE:
Por la REPÚBLICA POPULAR DE ALBANIA:

Für die VOLKSREPUBLIK ALBANIEN:

For ANDORRA:
Pour ANDORRE:
Por ANDORRA:

Für ANDORRA:

For the ARGENTINE REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE ARGENTINE:
Por la REPÚBLICA ARGENTINA:
Ricardo Tiscornia

Für die ARGENTINISCHE REPUBLIK:
Ricardo Tiscornia

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Por AUSTRALIA:

Für AUSTRALIEN:

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Por AUSTRIA:
Rudolf Kirchschlager

Für ÖSTERREICH:
Rudolf Kirchschlager

For BELGIUM:
Pour la BELGIQUE:
Por BÉLGICA:
Robert Vaes

Für BELGIEN:
Robert Vaes

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Por BOLIVIA:

Für BOLIVIEN:

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Por el BRASIL:
Ildefonso Mascarenhas de Silva

Für BRASILIEN:
Ildefonso Mascarenhas de Silva

For the BULGARIAN PEOPLE'S REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE BULGARIE:
Por la REPÚBLICA POPULAR DE BULGARIA:

Für die VOLKSREPUBLIK BULGARIEN:

For the UNION OF BURMA:
Pour l'Union BIRMANE:
Por la UNION BIRMANA:

Für die BIRMANISCHE UNION:

For the
BYELORUSSIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
Pour la
RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE
DE BYELORUSSIE:
Por la
REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE BIELORUSIA:

Für die WEISSRUSSISCHE SOZIALISTISCHE
SOWJETREPUBLIK:

For CAMBODIA:
Pour le CAMBODGE:
Por CAMBOYA:
S. Soth

Für KAMBODSCHA:
S. Soth

For CAMEROUN:
Pour le CAMEROUN:
Por el CAMERÚN:

Für KAMERUN:

For CANADA:
Pour le CANADA:
Por el CANADÁ:

Für KANADA:

For the CENTRAL AFRICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE CENTRAFRICAINE:
Por la REPÚBLICA CENTROAFRICANA:

Für die ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK:

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Por CEILÁN:

Für CEYLON:

For CHAD:
Pour le TCHAD:
Por el CHAD:

Für TSCHAD:

For CHILE:
Pour le CHILI:
Por CHILE:
Luis Morand Dumas

Für CHILE:
Luis Morand Dumas

For CHINA:
Pour la CHINE:
Por la CHINA:

Für CHINA:

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Por COLOMBIA:

Für KOLUMBIEN:

For the CONGO (capital: Brazzaville):
Pour le CONGO (capitale: Brazzaville):
Por el CONGO (capital: Brazzaville):

Für KONGO (Brazzaville):

For the CONGO (capital: Leopoldville):
Pour le CONGO (capitale: Léopoldville):
Por el CONGO (capital: Leopoldville):

Für KONGO (Léopoldville):

For COSTA RICA:
Pour le COSTA RICA:
Por COSTA RICA:

Für COSTA RICA:

For CUBA:
Pour CUBA:
Por CUBA:

Für KUBA:

For CYPRUS:
Pour CHYPRE:
Por CHIPRE:

Für ZYPERN:

For CZECHOSLOVAKIA:
Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:
Por CHECOESLOVAQUIA:

Für die TSCHECHOSLOWAKEI:

For DAHOMEY: Pour le DAHOMEY: Por el DAHOMEY:	Für DAHOME:
For DENMARK: Pour le DANEMARK: Por DINAMARCA: Steensen-Leth	Für DÄNEMARK: Steensen-Leth
For the DOMINICAN REPUBLIC: Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE: Por la REPÚBLICA DOMINICANA:	Für die DOMINIKANISCHE REPUBLIK:
For ECUADOR: Pour l'EQUATEUR: Por el ECUADOR: Leopoldo Benites (26. 6. 1962)	Für ECUADOR: Leopoldo Benites (26. 6. 1962)
For EL SALVADOR: Pour le SALVADOR: Por EL SALVADOR:	Für EL SALVADOR:
For ETHIOPIA: Pour l'ETHIOPIE: Por ETIOPIÁ:	Für ÄTHIOPIEN:
For FINLAND: Pour la FINLANDE: Por FINLANDIA: Ralph Enkell	Für FINNLAND: Ralph Enkell
For FRANCE: Pour la FRANCE: Por FRANCIA: Puget	Für FRANKREICH: Puget
For the REPUBLIC OF GABON: Pour la RÉPUBLIQUE GABONAISE: Por la REPÚBLICA DEL GABÓN:	Für die REPUBLIK GABUN:
For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY: Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE: Por la REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA: Eugen Ulmer	Für die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Eugen Ulmer
For GHANA: Pour le GHANA: Por GHANA:	Für GHANA:
For GREECE: Pour la GRÈCE: Por GRECIA:	Für GRIECHENLAND:
For GUATEMALA: Pour le GUATEMALA: Por GUATEMALA:	Für GUATEMALA:
For the REPUBLIC OF GUINEA: Pour la RÉPUBLIQUE DE GUINÉE: Por la REPÚBLICA DE GUINEA:	Für die REPUBLIK GUINEA:

For HAITI: Pour HAÏTI: Por HAÏTÍ:	Für HAITI:
For the HOLY SEE: Pour le SAINT-SIÈGE: Por la SANTA SEDE: Vittorio Trocchi	Für die VATIKANSTADT: Vittorio Trocchi
For the REPUBLIC OF HONDURAS: Pour la RÉPUBLIQUE DE HONDURAS: Por la REPÚBLICA DE HONDURAS:	Für die REPUBLIK HONDURAS:
For the HUNGARIAN PEOPLE'S REPUBLIC: Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE HONGRIE: Por la REPÚBLICA POPULAR HÚNGARA:	Für die UNGARISCHE VOLKSREPUBLIK:
For ICELAND: Pour l'ISLANDE: Por ISLANDIA: Th. Eyjolfson	Für ISLAND: Th. Eyjolfson
For INDIA: Pour l'INDE: Por la INDIA: G. K. Mookerjee	Für INDIEN: G. K. Mookerjee
For INDONESIA: Pour l'INDONÉSIE: Por INDONESIA:	Für INDONESIEN:
For IRAN: Pour l'IRAN: Por el IRÁN:	Für IRAN:
For IRAQ: Pour l'IRAK: Por el IRAK:	Für IRAK:
For IRELAND: Pour l'IRLANDE: Por IRLANDA: T. F. O'Sullivan (30. 6. 1962)	Für IRLAND: T. F. O'Sullivan (30. 6. 1962)
For ISRAEL: Pour ISRAËL: Por ISRAEL: M. S. Comay (7. 2. 1962)	Für ISRAEL: M. S. Comay (7. 2. 1962)
For ITALY: Pour l'ITALIE: Por ITALIA: Talamo Atenolfi Brancaccio d. Castelnuevo	Für ITALIEN: Talamo Atenolfi Brancaccio d. Castelnuevo
For IVORY COAST: Pour la CÔTE-D'IVOIRE: Por la COSTA DEL MARFIL:	Für die ELFENBEINKUSTE:
For JAPAN: Pour le JAPON: Por el JAPÓN:	Für JAPAN:

For the HASHEMITE KINGDOM OF THE JORDAN;
Pour le ROYAUME HACHÉMITE DE JORDANIE;
Por el REINO HACHEMITA DE JORDANIA:

Für das HASCHEMITISCHE KÖNIGREICH JORDANIEN:

For the REPUBLIC OF KOREA;
Pour la RÉPUBLIQUE DE CORÉE;
Por la REPÚBLICA DE COREA:

Für die REPUBLIK KOREA:

For KUWAIT;
Pour KOWEÏT;
Por KUWEIT:

Für KUWAIT:

For LAOS;
Pour le LAOS;
Por LAOS:

Für LAOS:

For LEBANON;
Pour le LIBAN;
Por el LÍBANO:
Georges Hakim
(26. 6. 1962)

Für LIBANON:
Georges H a k i m
(26. 6. 1962)

For LIBERIA;
Pour le LIBÉRIA;
Por LIBERIA:

Für LIBERIA:

For LIBYA;
Pour la LIBYE;
Por LIBIA:

Für LIBYEN:

For LIECHTENSTEIN;
Pour le LIECHTENSTEIN;
Por LIECHTENSTEIN:

Für LIECHTENSTEIN:

For LUXEMBOURG;
Pour le LUXEMBOURG;
Por LUXEMBURGO:

Für LUXEMBURG:

For the MALAGASY REPUBLIC;
Pour la RÉPUBLIQUE MALGACHE;
Por la REPÚBLICA MALGACHE:

Für die REPUBLIK MADAGASKAR:

For the FEDERATION OF MALAYA;
Pour la FÉDÉRATION DE MALAISIE;
Por la FEDERACIÓN MALAYA:

Für den MALAIISCHEN BUND:

For the REPUBLIC OF MALI;
Pour la RÉPUBLIQUE DU MALI;
Por la REPÚBLICA DEL MALÍ:

Für die REPUBLIK MALI:

For the ISLAMIC REPUBLIC OF MAURITANIA;
Pour la RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE DE MAURITANIE;
Por la REPÚBLICA ISLÁMICA DE MAURITANIA:

Für die ISLAMISCHE REPUBLIK MAURETANIEN:

For MEXICO;
Pour le MEXIQUE;
Por MÉXICO:
Jorge Caxiola

Für MEXIKO:
Jorge Caxiola

For MONACO: Pour MONACO: Por MÓNACO: G. R. Borghini (22. 6. 1962)	Für MONACO: G. R. Borghini (22. 6. 1962)
For MOROCCO: Pour le MAROC: Por MARRUECOS:	Für MAROKKO:
For NEPAL: Pour le NÉPAL: Por NEPAL:	Für NEPAL:
For the NETHERLANDS: Pour les PAYS-BAS: Por los PAÍSES BAJOS:	Für die NIEDERLANDE:
For NEW ZEALAND: Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE: Por NUEVA ZELANDIA:	Für NEUSEELAND:
For NICARAGUA: Pour le NICARAGUA: Por NICARAGUA:	Für NICARAGUA:
For NIGER: Pour le NIGER: Por NIGER:	Für NIGER:
For NIGERIA: Pour la NIGERIA: Por NIGERIA:	Für NIGERIA:
For NORWAY: Pour la NORVÈGE: Por NORUEGA:	Für NORWEGEN:
For PAKISTAN: Pour le PAKISTAN: Por el PAKISTÁN:	Für PAKISTAN:
For PANAMA: Pour le PANAMA: Por PANAMÁ:	Für PANAMA:
For PARAGUAY: Pour le PARAGUAY: Por el PARAGUAY: Ruben Ramirez Pane ad referendum (30. 6. 1962)	Für PARAGUAY: Ruben Ramirez Pane ad referendum (30. 6. 1962)
For PERU: Pour le PÉROU: Por el PERÚ:	Für PERU:
For the REPUBLIC OF THE PHILIPPINES: Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES: Por la REPÚBLICA DE FILIPINAS:	Für die REPUBLIK DER PHILIPPINEN:

For the PEOPLE'S REPUBLIC OF POLAND:
Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE:
Por la REPÚBLICA POPULAR DE POLONIA:

Für die POLNISCHE VOLKSREPUBLIK:

For PORTUGAL:
Pour le PORTUGAL:
Por PORTUGAL:

Für PORTUGAL:

For the RUMANIAN PEOPLE'S REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE ROUMANIE:
Por la REPÚBLICA POPULAR RUMANA:

Für die RUMANISCHE VOLKSREPUBLIK:

For the KINGDOM OF SAUDI ARABIA:
Pour le ROYAUME DE L'ARABIE SAOUDITE:
Por el REINO DE ARABIA SAUDITA:

Für das KÖNIGREICH SAUDI-ARABIEN:

For SENEGAL:
Pour le SÉNÉGAL:
Por el SENEGAL:

Für SENEGAL:

For SIERRA LEONE:
Pour le SIERRA LEONE:
Por SIERRA LEONA:

Für SIERRA LEONE:

For the REPUBLIC OF SOMALIA:
Pour la RÉPUBLIQUE DE SOMALIE:
Por la REPÚBLICA DE SOMALIA:

Für die REPUBLIK SOMALIA:

For the REPUBLIC OF SOUTH AFRICA:
Pour la RÉPUBLIQUE SUD-AFRICAINE:
Por la REPÚBLICA SUDAFRICANA:

Für die REPUBLIK SÜDAFRIKA:

For SPAIN:
Pour l'ESPAGNE:
Por ESPAÑA:
Messia

Für SPANIEN:
Messia

For SUDAN:
Pour le SOUDAN:
Por el SUDÁN:

Für SUDAN:

For SWEDEN:
Pour la SUÈDE:
Por SUECIA:
Sture Petren
sous réserve de ratification

Für SCHWEDEN:
Sture Petren
(unter Vorbehalt der Ratifikation)

For SWITZERLAND:
Pour la SUISSE:
Por SUÍZA:

Für die SCHWEIZ:

For THAILAND:
Pour la THAÏLANDE:
Por TAILANDIA:

Für THAILAND:

For TOGO:
Pour le TOGO:
Por el TOGO:

Für TOGO:

For TUNISIA:
Pour la TUNISIE:
Por TÚNEZ:

Für TUNESIEN:

For TURKEY:
Pour la TURQUIE:
Por TURQUÍA:

Für die TURKEI:

For the UKRAINIAN SOVIET SOCIALIST REPUBLIC:
Pour la
RÉPUBLIQUE SOCIALISTE SOVIÉTIQUE D'UKRAINE:
Por la
REPÚBLICA SOCIALISTA SOVIÉTICA DE UCRANIA:

Für die
UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK:

For the UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:
Pour l'UNION DES
RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:
Por la
UNIÓN DE REPÚBLICAS SOCIALISTAS SOVIÉTICAS:

Für die UNION DER
SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN:

For the UNITED ARAB REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE ARABE UNIE:
Por la REPÚBLICA ARABE UNIDA:

Für die VEREINIGTE ARABISCHE REPUBLIK:

For the UNITED KINGDOM
OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:
Pour le ROYAUME-UNI
DE GRANDE BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:
Por el REINO UNIDO
DE LA GRAN BRETAÑA E IRLANDA DEL NORTE:
Gordon Grant

Für das VEREINIGTE KONIGREICH
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:
Gordon Grant

For the UNITED STATES OF AMERICA:
Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
Por los ESTADOS UNIDOS DE AMÉRICA:

Für die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

For the ORIENTAL REPUBLIC OF URUGUAY:
Pour la RÉPUBLIQUE ORIENTALE DE L'URUGUAY:
Por La REPÚBLICA ORIENTAL DEL URUGUAY:

Für die REPUBLIK ÖSTLICH DES URUGUAY:

For the UNITED STATES OF VENEZUELA:
Pour les ETATS-UNIS DU VENEZUELA:
Por los ESTADOS UNIDOS DE VENEZUELA:

Für die VEREINIGTEN STAATEN VON VENEZUELA:

For VIET-NAM:
Pour le VIET-NAM:
Por el VIETNAM:

Für VIETNAM:

For the UPPER VOLTA:
Pour la HAUTE-VOLTA:
Por el ALTO VOLTA:

Für OBERVOLTA:

For the
FEDERAL PEOPLE'S REPUBLIC OF YUGOSLAVIA:
Pour la RÉPUBLIQUE
FÉDÉRATIVE POPULAIRE DE YOUGOSLAVIE:
Por la REPÚBLICA
FEDERATIVA POPULAR DE YUGOESLAVIA:
A. Jelic

Für die
FODERATIVE VOLSREPUBLIK JUGOSLAWIEN:
A. Jelic

Denkschrift zum Abkommen

Während der Schutz der Urheber von Werken der Literatur und Kunst schon seit langem durch internationale Abkommen gesichert ist, fehlte es bisher an einer internationalen Regelung des Schutzes der ausübenden Künstler. Ein Bedürfnis für einen solchen Schutz ergab sich erst mit der Erfindung der Schallplatte, die es ermöglichte, die Darbietung von Werken der Literatur und der Tonkunst festzuhalten, beliebig zu wiederholen und ohne weitere Mitwirkung der ausübenden Künstler einer unbeschränkten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Vor dieser Zeit war ein besonderer Schutz der Leistung des ausübenden Künstlers entbehrlich, weil niemand ohne dessen Einwilligung sie zu eigener Nutzung festhalten konnte. Mit der Erfindung des Rundfunks wurde ein weiteres technisches Mittel geschaffen, die Darbietungen der ausübenden Künstler einem fast unbeschränkten Hörerkreis zugänglich zu machen. Die Künstler mußten fortan auch dagegen geschützt werden, daß ihre Darbietungen ohne ihre Einwilligung gesendet wurden.

In Deutschland besteht ein Schutz der ausübenden Künstler seit 1910. Damals wurde in das deutsche Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 227) eine Bestimmung eingefügt (§ 2 Abs. 2), durch die die Schallplattenaufnahme des Vortrags des ausübenden Künstlers der Bearbeitung eines Werkes der Literatur oder Tonkunst gleichgestellt wurde, so daß der Künstler an dieser Aufnahme die gleichen urheberrechtlichen Befugnisse erhielt wie etwa der Übersetzer eines Werkes der Literatur an seiner Übersetzung. Auch andere Staaten erließen ähnliche Vorschriften zum Schutze des ausübenden Künstlers. Es erschien dann wünschenswert, diese Frage auch international zu regeln. Die ersten Beratungen über ein internationales Abkommen zum Schutze der ausübenden Künstler fanden schon kurz vor dem Zweiten Weltkrieg statt. Zur gleichen Zeit setzten auch Bestrebungen ein, die Leistungen der Schallplattenhersteller und der Rundfunkunternehmen international zu schützen, die bei der Aufnahme oder Sendung künstlerischer Darbietungen technische, organisatorische und wirtschaftliche Leistungen erbringen, die gleichfalls Schutz verdienen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Arbeiten wieder aufgenommen. Nach Herstellung mehrerer Vorentwürfe wurde im Mai 1960 auf einer von der UNESCO, der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Berner Verband zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst gemeinsam einberufenen Sachverständigentagung im Haag der Entwurf eines Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern (wie Schallplatten und Tonbänder) und der Sendeunternehmen ausgearbeitet. Auf der Grund-

lage dieses Entwurfs beschloß eine diplomatische Konferenz, die vom 10. bis 26. Oktober 1961 in Rom stattfand, das vorliegende Abkommen, das von folgenden 25 Staaten unterzeichnet worden ist:

Argentinien	Island
Belgien	Israel
Brasilien	Italien
Chile	Jugoslawien
Dänemark	Kambodscha
Bundesrepublik Deutschland	Libanon
Ecuador	Mexiko
Finnland	Monaco
Frankreich	Osterreich
Großbritannien	Paraguay
Indien	Schweden
Irland	Spanien
	Vatikanstadt.

Nach seinem Artikel 25 Abs. 1 soll das Abkommen drei Monate nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft treten. Nachdem inzwischen sechs Staaten [Ecuador, Großbritannien, Kongo (Brazzaville), Mexiko, Niger und Schweden] es ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, ist es am 18. Mai 1964 in Kraft getreten.

Das Abkommen sieht für den Schutz der Leistungen der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen „Inländerbehandlung“ vor, d. h. jeder Vertragsstaat muß für die in den anderen Vertragsstaaten erbrachten Leistungen den gleichen Schutz gewähren, den er seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt. Außerdem enthält es Bestimmungen über den Mindestumfang des zu gewährenden Schutzes. Diesen Schutz müssen die Vertragsstaaten nach Artikel 26 im Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde nach ihren nationalen Gesetzen gewährleisten.

In den geltenden deutschen Urheberrechtsgesetzen sind die im Abkommen geregelten Rechte nur zum Teil vorgesehen. Die Bundesrepublik Deutschland kann daher das Abkommen erst nach Inkrafttreten des neuen Urheberrechtsgesetzes ratifizieren. Der Entwurf eines Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz), der dem Deutschen Bundestag zur Zeit zur Beschlußfassung vorliegt (BT-Drucksache IV/270), sieht für die ausübenden Künstler, die Hersteller von Tonträgern und die Sendeunternehmen einen Schutz vor, der den Bestimmungen des Abkommens Rechnung trägt, zum Teil noch über den geforderten Mindestschutz hinausgeht. Es bestehen daher keine Bedenken dagegen, daß die Bundesrepublik Deutschland das Abkommen nach Inkrafttreten des neuen Urheberrechtsgesetzes ratifiziert. Es liegt im deutschen Interesse, daß die Leistungen der deutschen aus-

übenden Künstler, Hersteller von Tonträgern und Sendeunternehmen auch international Schutz erhalten.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Abkommens ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Artikel 1 behandelt das Verhältnis der im Abkommen geregelten Rechte zum Urheberrecht. Die Bestimmung, daß der vorgesehene Schutz die Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst rechtlich unberührt läßt, ist für das deutsche Recht selbstverständlich; der Urheberrechtsgesetzesentwurf trägt diesem Grundgedanken Rechnung.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel definiert den Begriff der Inländerbehandlung, die jeder Vertragsstaat den nach dem Abkommen Berechtigten gewähren muß.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält eine Anzahl weiterer Begriffsbestimmungen, die im Abkommen verwendet werden. Hierbei ist hervorzuheben, daß unter „ausübenden Künstlern“ lediglich solche Personen zu verstehen sind, die Werke der Literatur oder Kunst darbieten, nicht aber z. B. Artisten, Zauberkünstler usw.; dies entspricht der in § 83 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes vorgesehenen Regelung. Nach Artikel 9 ist es den vertragschließenden Staaten allerdings freigestellt, den Schutz auch auf weitere Personen auszudehnen.

Dagegen ist „Hersteller von Tonträgern“ — übereinstimmend mit § 95 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes — jeder, der irgendeine akustische Darbietung mit oder ohne Werkcharakter (z. B. Tierstimmen) auf einem Tonträger festlegt.

Der Begriff „Veröffentlichung“ entspricht dem deutschen Begriff „Erscheinen“ (vgl. § 6 Abs. 2 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes).

Zu Artikel 4

Die Regelung der Voraussetzungen, unter denen ein Vertragsstaat den ausübenden Künstlern Inländerbehandlung gewähren muß, folgt dem in dem ganzen Abkommen durchgeführten Grundsatz, daß ein Schutz nur für sog. „internationale Sachverhalte“ vorgesehen ist. Der Schutz wird also in einem Vertragsstaat nur dann gewährt, wenn die zu schützende Darbietung in einem anderen Vertragsstaat erbracht worden ist. Dort, wo die Darbietung stattfindet, genießen die ausübenden Künstler nicht nach dem Abkommen Schutz, selbst wenn sie Angehörige eines Vertragsstaates sind.

Soweit die Darbietung auf einem Tonträger festgelegt ist oder gesendet wird, gelten für den Schutz der ausübenden Künstler die gleichen Voraussetzungen, die nach Artikeln 5 und 6 für den Schutz der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen vorgesehen sind.

Zu Artikel 5

Absatz 1 sieht für den Schutz der Hersteller von Tonträgern drei Voraussetzungen vor, von denen jeweils nur eine erfüllt zu sein braucht: Zugehörigkeit des Herstellers von Tonträgern zu einem anderen Vertragsstaat, erste Festlegung der Darbietung in einem anderen Vertragsstaat oder erste Veröffentlichung des Tonträgers, auf den die Darbietung aufgenommen ist, in einem anderen Vertragsstaat. Dabei ist die erste Veröffentlichung in einem Nichtvertragsstaat der ersten Veröffentlichung in einem Vertragsstaat nach Absatz 2 gleichgestellt, wenn innerhalb von 30 Tagen die Veröffentlichung in einem Vertragsstaat nachgeholt wird.

Absatz 3 stellt es den vertragschließenden Staaten frei, das Merkmal der ersten Festlegung oder das Merkmal der ersten Veröffentlichung als Voraussetzung für die Gewährung des Schutzes nicht anzuerkennen. Im Entwurf des Zustimmungsgesetzes (Artikel 2) ist vorgesehen, von diesem Vorbehalt für die Bundesrepublik Deutschland in der Weise Gebrauch zu machen, daß für den Schutz der Hersteller von Tonträgern das Merkmal der Festlegung nicht anerkannt wird. Dies entspricht der Regelung in § 136 Abs. 2 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes, die für den Anwendungsbereich des Gesetzes neben dem Merkmal der Staatsangehörigkeit ausschließlich auf das Merkmal des ersten Erscheinens des Tonträgers, d. h. im Sinne des Abkommens auf das Merkmal der ersten Veröffentlichung abstellt.

Zu Artikel 6

Für den Schutz der Sendeunternehmen sieht Artikel 6 wahlweise zwei Anknüpfungspunkte vor:

Es muß entweder der Sitz des Sendeunternehmens, für das der Schutz in einem Vertragsstaat in Anspruch genommen wird, in einem anderen Vertragsstaat liegen oder die Sendung muß im Gebiet eines anderen Vertragsstaates ausgestrahlt worden sein.

Nach Absatz 2 kann sich jedoch jeder Vertragsstaat vorbehalten, daß er die Sendeunternehmen nur schützen wird, wenn beide in Artikel 6 angeführten Voraussetzungen nebeneinander gegeben sind. Nach dem Entwurf des Zustimmungsgesetzes soll von diesem Vorbehalt für die Bundesrepublik Deutschland kein Gebrauch gemacht werden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt den Mindestumfang des Schutzes des ausübenden Künstlers. Der Künstler soll nach Absatz 1 Buchstabe a das Recht haben, die Sendung oder die sonstige öffentliche Wiedergabe seiner persönlichen Darbietung zu verbieten. Die Bestimmung bezieht sich ausdrücklich nicht auf den Fall, daß die Darbietung zunächst auf Bild- oder Tonträger festgelegt und mit Hilfe dieser Vorrichtungen gesendet oder sonst öffentlich wiedergegeben wird. Der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes sieht in §§ 84 und 86 einen entsprechenden Schutz vor, der insofern noch weitergeht, als der ausübende Künstler auch die Sendung seiner auf Bild- oder Tonträger festgelegten Darbietung verbieten kann, soweit es sich nicht um mit seiner Zustimmung er-

schienene Bild- oder Tonträger (z. B. Industrieschallplatten) handelt.

Nach Absatz 1 Buchstabe b soll der ausübende Künstler ferner die erste Festlegung seiner Darbietung auf Bild- oder Tonträger verbieten dürfen. Ein entsprechendes Recht enthält der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes in § 85 Satz 1.

Schließlich sieht Absatz 1 Buchstabe c einen Schutz des ausübenden Künstlers gegen die Vervielfältigung einer Festlegung seiner Darbietung vor, der auf drei näher umschriebene Fälle beschränkt ist. Der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes gewährt dem Künstler in § 85 Satz 2 ein allgemeines Vervielfältigungsrecht, geht also insoweit über den nach dem Abkommen zu gewährenden Mindestschutz hinaus.

Für den Fall, daß der ausübende Künstler der Sendung seiner Darbietung zugestimmt hat, ist ihm im Abkommen nicht das Recht vorbehalten, die Weitersendung, die Festlegung für Zwecke der Sendung, die Vervielfältigung und Benutzung der Festlegung für weitere Sendungen zu verbieten. Die Regelung dieser Frage wird nach Absatz 2 der nationalen Gesetzgebung der Vertragsstaaten überlassen, wobei aber nach Unterabsatz 3 den ausübenden Künstlern nicht die Befugnis entzogen werden darf, ihre Beziehungen zu den Sendeunternehmen vertraglich zu regeln. Der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes sieht in §§ 85 und 86 in allen diesen Fällen ein Verbotsrecht des ausübenden Künstlers vor mit Ausnahme des Falles, in dem ein bereits erschienener Bild- oder Tonträger, auf den die Darbietung des Künstlers mit seiner Erlaubnis aufgenommen worden ist, zur Sendung benutzt wird; hier soll der Künstler nur einen Vergütungsanspruch haben (§ 86 Abs. 2 des Entwurfs).

Zu Artikel 8

Für den Fall, daß mehrere ausübende Künstler an der gleichen Darbietung mitwirken, ist es der Gesetzgebung der einzelnen Vertragsstaaten vorbehalten zu bestimmen, wie die ausübenden Künstler bei der Ausübung ihrer Rechte vertreten werden. Eine solche Regelung ist in § 90 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes enthalten.

Zu Artikel 9

Artikel 9 enthält die bereits zu Artikel 3 erwähnte Bestimmung, daß die Vertragsstaaten den Schutz nach dem Abkommen auch auf die Künstler ausdehnen können, die keine Werke der Literatur oder Kunst darbieten, also z. B. Artisten und Zauberkünstler. Im Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes ist eine solche Ausdehnung nicht vorgesehen. Nach § 83 des Entwurfs soll als ausübender Künstler nur geschützt sein, wer ein Werk vorträgt oder aufführt oder dabei künstlerisch mitwirkt.

Zu Artikel 10

Diese Bestimmung regelt den Mindestumfang der Rechte der Hersteller von Tonträgern. Sie sollen das Recht haben, die unmittelbar oder mittelbare

Vervielfältigung ihrer Tonträger zu erlauben oder zu verbieten. Der Begriff „mittelbare Vervielfältigung“ bezieht sich auf den Fall, daß ein Tonträger nicht von einer Matrize kopiert, sondern z. B. dadurch hergestellt wird, daß eine mit Hilfe des Tonträgers veranstaltete Sendung empfangen und wiederum auf einem Tonträger festgehalten wird. In § 95 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes ist ein entsprechendes Recht der Hersteller von Tonträgern vorgesehen. Darüber hinaus soll ihnen auch ein ausschließliches Recht zur Verbreitung der Tonträger zustehen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 nennt die Förmlichkeiten, die ein Vertragsstaat als Voraussetzung für die Gewährung des Schutzes vorschreiben kann. Für das deutsche Recht ist diese Bestimmung ohne Bedeutung, weil nach den geltenden deutschen Gesetzen und dem Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes der Schutz der ausübenden Künstler und der Hersteller von Tonträgern ohne Erfüllung irgendeiner Förmlichkeit gewährt wird.

Zu Artikel 12

Artikel 12 bezieht sich auf die von der Industrie vertriebenen Tonträger. Wer einen solchen Tonträger zur Funksendung oder für eine öffentliche Wiedergabe unmittelbar benutzt, hat den ausübenden Künstlern oder dem Hersteller des Tonträgers oder beiden eine einzige angemessene Vergütung zu zahlen. Die Aufteilung der Vergütung kann für den Fall, daß die Beteiligten sich nicht einigen, durch die nationale Gesetzgebung geregelt werden. Im Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes ist in § 86 Abs. 2, §§ 87 und 96 eine entsprechende Regelung vorzusehen. Sie geht insofern noch weiter, als nach § 87 auch die mittelbare Benutzung des Tonträgers für die öffentliche Wiedergabe vergütungspflichtig ist, weil sich diese Bestimmung auch auf den Fall bezieht, daß eine Sendung des Tonträgers, auf dem die Darbietung des Künstlers aufgenommen ist, von einem Dritten empfangen und öffentlich wiedergegeben wird, z. B. in einer Gastwirtschaft. Die Anspruchsberechtigung für die Vergütung regelt der Entwurf in der Weise, daß nach § 86 Abs. 2 und § 87 der Vergütungsanspruch dem ausübenden Künstler zusteht, dieser jedoch nach § 96 verpflichtet ist, den Hersteller an der Vergütung angemessen zu beteiligen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt den Mindestumfang des Schutzes der Sendeunternehmen. Nach Buchstabe a können die Sendeunternehmen die Weitersendung ihrer Sendung erlauben oder verbieten. Wie sich aus der Definition des Begriffs „Weitersendung“ in Artikel 3 Buchstabe g ergibt, bezieht sich dieses Recht nur auf die unmittelbare Weitersendung und nicht auf den Fall, daß eine Sendung zunächst auf Bild- oder Tonträger aufgenommen und dann weitergesendet wird. Nach § 97 Abs. 1 Nr. 1 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes soll dagegen den

Sendeunternehmen das ausschließliche Recht der Weitersendung ohne diese Einschränkung zustehen.

Buchstabe b gewährt den Sendunternehmen das unbeschränkte ausschließliche Recht, ihre Sendung festzulegen, d. h. auf Bild- oder Tonträger aufzunehmen. Diese Regelung geht über die entsprechende Bestimmung in § 97 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes hinaus, nach der den Sendunternehmen dieses Recht nur insoweit zustehen soll, als die Aufnahme zu Erwerbszwecken geschieht. Um das neue Urheberrechtsgesetz mit den Bestimmungen des Abkommens in Einklang zu bringen, ist es daher erforderlich, in § 97 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs die Worte „zu Erwerbszwecken“ zu streichen; dieser Änderung kommt jedoch nur eine geringe praktische Bedeutung zu.

Nach Buchstabe c sollen die Sendunternehmen das Recht haben, die Vervielfältigung unerlaubter Festlegungen zu verbieten. Darüber hinausgehend sieht der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes ein unbeschränktes Vervielfältigungsrecht vor, gleichviel, ob die erste Festlegung erlaubt war oder nicht.

Die Bestimmung in Buchstabe d, nach der die Sendunternehmen die öffentliche Wiedergabe ihrer Fernsehsendungen verbieten können, wenn sie an Orten stattfindet, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind (z. B. Fernsehstuben, Lichtspieltheater) entspricht der in § 97 Abs. 1 Nr. 3 des Entwurfs eines Urheberrechtsgesetzes vorgesehenen Regelung.

Zu Artikel 14

Artikel 14 legt die Mindestdauer des nach dem Abkommen zu gewährenden Schutzes auf zwanzig Jahre fest. Der Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes genügt dieser Vorschrift, indem er die Dauer des Schutzes für die ausübenden Künstler, die Hersteller von Tonträgern und die Sendunternehmen auf fünfundzwanzig Jahre bemißt (§§ 92, 95 Abs. 2 und § 97 Abs. 2 des Entwurfs). Der Beginn der Schutzdauer für die Tonträger ist allerdings nicht wie im Abkommen auf das Ende des Jahres der Festlegung abgestellt. Die Frist soll vielmehr nach Ablauf des Jahres des Erscheinens des Bild- oder Tonträgers beginnen, jedoch bereits fünfundzwanzig Jahre nach dem Ablauf des Jahres der Darbietung enden, wenn der Bild- oder Tonträger innerhalb dieser Frist nicht erschienen ist. Dies ist für die ausübenden Künstler jedoch günstiger, weil die Bild- oder Tonträger erst nach der Festlegung der Darbietung erscheinen können. Demzufolge ist die Entwurfsregelung mit dem Abkommen vereinbar.

Zu Artikel 15

Absatz 1 läßt bestimmte einzeln aufgeführte Ausnahmen von dem im Abkommen gewährten Schutz zu. Darüber hinaus ermächtigt Absatz 2 die Vertragsstaaten, in ihrer Gesetzgebung den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen allgemein den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen wie sie für den Schutz des Urheberrechts vorgesehen sind. Der

Entwurf des Urheberrechtsgesetzes macht in den §§ 94, 95 Abs. 3 und § 97 Abs. 3 von dieser zweiten umfassenderen Ermächtigung Gebrauch.

Zu Artikel 16

Die Vertragsstaaten sollen nach Absatz 1 Buchstabe a die Möglichkeit haben, die Anwendung des Artikels 12 für ihr Gebiet ganz oder teilweise auszuschließen. Unter anderem gibt Absatz 1 Buchstabe a (iv) einem Vertragsstaat die Möglichkeit, Artikel 12 einem anderen Vertragsstaat gegenüber nur im Falle der Gegenseitigkeit anzuwenden. Von dieser Möglichkeit soll auch für die Bundesrepublik Deutschland Gebrauch gemacht werden (vgl. Artikel 2 des Entwurfs des Zustimmungsgesetzes).

Ferner ist in Absatz 1 Buchstabe b vorgesehen, daß jeder Vertragsstaat erklären kann, daß er die Bestimmung in Artikel 13 Buchstabe d über den Schutz gegen die öffentliche Wiedergabe von Fernsehsendungen für sein Gebiet nicht anwenden wird. In diesem Falle brauchen die anderen Vertragsstaaten gegenüber dem betreffenden Staat den Schutz gleichfalls nicht zu gewähren (vgl. dazu Artikel 3 des Entwurfs des Zustimmungsgesetzes).

Zu Artikel 17

Artikel 17 ist eine Sonderbestimmung für die Vertragsstaaten, deren nationale Gesetzgebung am Tage der Unterzeichnung des Abkommens den Schutz nur für solche Tonträger gewährt, die in ihrem Gebiet erstmals aufgenommen worden sind (Merkmal der Festlegung nach Artikel 5 Abs. 1 Buchstabe b). Diese Staaten können erklären, daß sie hinsichtlich des Schutzes der Tonträger nur dieses Merkmal der Festlegung anwenden werden.

Zu Artikel 18

Die Bestimmung sieht die Möglichkeit vor, die in Artikel 5 Abs. 3, in Artikel 6 Abs. 2, in Artikel 16 Abs. 1 oder in Artikel 17 erwähnten Vorbehalte später einzuschränken oder zurückzuziehen.

Zu Artikel 19

Nach Artikel 19 haben die ausübenden Künstler nicht den in Artikel 7 vorgesehenen Schutz, wenn ihre Darbietungen mit ihrer Zustimmung in einen Film aufgenommen worden sind. Der Entwurf des Urheberrechtsgesetzes enthält in § 102 eine entsprechende Regelung für den Fall, daß die Darbietung eines ausübenden Künstlers erlaubterweise für die Herstellung eines Filmwerkes benutzt worden ist.

Zu Artikel 20

Die vor Inkrafttreten des Abkommens bereits erworbenen Rechte sollen nach Absatz 1 unberührt bleiben. Nach Absatz 2 haben die Vertragsstaaten die Möglichkeit, die Anwendung des Abkommens auf die bereits vor dessen Inkrafttreten erbrachten Leistungen auszuschließen. Hiervon soll auch für die Bundesrepublik Deutschland Gebrauch gemacht werden (vgl. Artikel 4 des Zustimmungsgesetzes).

Zu Artikel 21

In Artikel 21 ist klargestellt, daß der Schutz nach dem Abkommen einen sich aus anderen Rechtsgründen ergebenden Schutz für ausübende Künstler, Hersteller von Tonträgern und Sendeunternehmen unberührt läßt; in Betracht kommt insoweit vor allem ein Schutz nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Zu Artikel 22

Diese Vorschrift, die unter bestimmten Voraussetzungen besondere Abmachungen zwischen den Vertragsstaaten neben dem Abkommen für zulässig erklärt, entspricht Artikel 20 der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Zu Artikel 23

Von der Möglichkeit der nachträglichen Unterzeichnung des Abkommens haben sieben Staaten Gebrauch gemacht, nämlich

Ecuador	Libanon
Finnland	Monaco
Irland	Paraguay.
Israel	

Zu Artikel 24

Diese Bestimmung regelt die Ratifikation, den Beitritt und die Annahme des Abkommens. Der Beitritt ist nach Absatz 2 nur für die Staaten zugelassen, die dem Welturheberrechtsabkommen angehören oder Mitglieder des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst sind.

Zu Artikel 25

In Artikel 25 ist als Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens bestimmt, daß sechs Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt worden sind. Wie eingangs erwähnt, ist dies bereits geschehen. Das Abkommen ist am 18. Mai 1964 in Kraft getreten.

Zu Artikel 26

Artikel 26 verpflichtet die Vertragsstaaten, ihre nationalen Gesetze mit dem Abkommen in Einklang zu bringen. Hieraus ergibt sich, daß die Bundesrepublik Deutschland das Abkommen erst ratifizieren kann, nachdem das neue Urheberrechtsgesetz in Kraft getreten ist.

Zu Artikel 27

Artikel 27, der die Möglichkeit für jeden Vertragsstaat vorsieht, das Abkommen auf Gebiete zu er-

strecken, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, entspricht Artikel 26 der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Zu Artikel 28

Artikel 28 regelt die Kündigung des Abkommens. Er bestimmt außerdem, daß jeder vertragschließende Staat in dem Zeitpunkt aufhört, Mitglied des Abkommens zu sein, sobald er nicht mehr dem Welturheberrechtsabkommen angehört oder nicht mehr Mitglied des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst ist (Absatz 4).

Zu Artikel 29

Diese Bestimmung regelt die Durchführung von Revisionen des Abkommens.

Zu Artikel 30

Diese Vorschrift, nach der bei einem Streit der Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens der Internationale Gerichtshof angerufen werden kann, entspricht Artikel 27^{bis} der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Zu Artikel 31

Artikel 31 stellt klar, daß außer den ausdrücklich im Abkommen erwähnten Vorbehalten keine weiteren Vorbehalte erklärt werden können.

Zu Artikel 32

Der vorgesehene Ausschuß von Regierungsvertretern ist dem vom Berner Verband zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst eingesetzten „Ständigen Ausschuß“ nachgebildet.

Zu Artikel 33

Artikel 33 Abs. 1 bestimmt die Sprache der Texte des Abkommens. Von der in Absatz 2 vorgesehenen Möglichkeit, einen gemeinsamen offiziellen Text des Abkommens in deutscher Sprache abzufassen, haben die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz Gebrauch gemacht.

Zu Artikel 34

Diese Bestimmung legt dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gewisse Mitteilungspflichten auf.